

Leben in Frieden und Sicherheit?

Material zur Gestaltung eines Projekttags
in gesellschaftswissenschaftlichen und werteorientierten Fächern

Dr. Monika Bossung-Winkler und Dr. Richard Bösch

(2. erweiterte und aktualisierte Auflage)



(Bild: „Gewaltfreiheit“ oder „The Knotted Gun“ – bronzenes Friedenssymbol des Künstlers Karl Fredrik Reuterswärd, ein Geschenk der Regierung von Luxemburg an die Vereinten Nationen; Quelle: UN photo)

Einführung ins Thema und Lehrplanbezug

In Zeiten multipler Krisen (Krieg im Nahen Osten, Krieg in der Ukraine, Flucht und Migration in nie dagewesenem Ausmaß, menschengemachter Klimawandel mit immer verheerenderen Folgen, wirtschaftliche Krisen in kürzeren Abständen, wachsende Armut etc.) wird verstärkt deutlich, was Menschen in Deutschland und weltweit ohnehin wahrnehmen: wir erleben beschleunigten gesellschaftlichen Wandel, der Polarisierungs- und Radikalisierungstendenzen weiter verschärft. Weltweite Krisen führen zu Verunsicherung, lösen Ängste aus und fordern gleichzeitig die Suche nach Orientierung und Sinn und damit nach Handlungs- und Lebensperspektiven. Es ist auch eine wesentliche Aufgabe der schulischen Bildung, eigene Haltungen und Positionen zu den Grundfragen des friedlichen Zusammenlebens in der eigenen und der Weltgesellschaft zu entwickeln und Chancen auf Mitgestaltung zu erkennen und wahrzunehmen. In diesem Sinne kann Schule Raum dafür bieten, sich konstruktiv mit den Konflikt- und Gewaltpotenzialen nicht nur im sozialen Nahraum, sondern in der Gesellschaft und im globalen Rahmen auseinanderzusetzen. Dabei ist die Vermittlung zweier Schlüsselkompetenzen entscheidend:

- **Konflikte als Chance für positive Veränderung wahrnehmen**
- **Respekt vor dem Anderen**

Vor diesem Hintergrund möchte das vorliegende Material über den engeren thematischen Rahmen hinaus Anregung dafür sein, der Friedensbildung in Schulen weitere Räume und Möglichkeiten zu eröffnen, damit Schülerinnen und Schüler (SuS) befähigt und ermutigt werden, eigenständige Beiträge zum Frieden über die Schule hinaus in der Gesellschaft zu leisten. Dass Jugendliche wichtige Gestalter:innen und Mitträger:innen sozio-politischen Wandels sind, die Räume für Dialog und Vermittlung öffnen können, steht außer Frage (vgl. Mubashir/ Grizelj 2018).

Das vorliegende Material greift auf Erkenntnisse aus der Friedens- und Konfliktforschung sowie der Friedenspädagogik zurück. So zeigt etwa eine umfangreiche Analyse von 565 Konflikten von 1900 bis ins Jahr 2019, dass gewaltfrei agierende Gruppen in 50 Prozent aller Fälle erfolgreich waren und die entsprechende Gesellschaft sich nachhaltig friedlich weiterentwickelte. Gewaltsame Aufstände waren hingegen im Sinne ihrer Ziele nur in 25 Prozent der Fälle erfolgreich und wiesen keine nachhaltig friedliche Entwicklung auf (vgl. Chenoweth 2021; Chenoweth/ Stephan 2011) – eine Erkenntnis, die nicht nur für SuS überraschend ist, weil sie nicht der landläufigen Meinung entspricht. Angesichts kontrovers debattierter militärischer Interventionen weltweit, an denen auch die Bundeswehr beteiligt ist, und angesichts von einer neuen Dynamik bei Rüstungsproduktion und –exporten, erscheint eine Auseinandersetzung von SuS mit diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen daher sehr lohnenswert. Wie in der politikwissenschaftlichen und soziologischen Forschung mehrfach nachgewiesen, ist der politische bzw. öffentliche Diskurs allzu oft von einem Denken in Bedrohungskategorien geprägt, das gesellschaftliche Krisen und Konflikte weltweit nahezu ausschließlich aus der Perspektive von Machtpolitik und militärischer Sicherheit durch Abschreckung deutet. Hier knüpft das Konzept „Sicherheit neu denken“ (vgl. Becker et al. 2019) an, das im vorliegenden Material eine zentrale Rolle spielt.

Die zweite Auflage dieses Unterrichtsmaterials entsteht zu einem Zeitpunkt, als der Krieg in der Ukraine bereits zweieinhalb Jahre mit unverminderter Härte geführt wird, mit unzähligen Opfern und weltweiten Verwerfungen, ganz zu schweigen vom äußerst blutigen Krieg im Heiligen Land, der zu einem Flächenbrand zu eskalieren droht. So sehr der völkerrechtswidrige Angriffskrieg des Putin-Regimes auf die Ukraine und der terroristische Überfall der Hamas auf Israel zu verurteilen ist, so klar soll hier als Vorbemerkung festgehalten werden, dass die Autor:innen wie viele Menschen, auch Jugendliche und Kinder in Deutschland, über die Eskalation der Gewalt in beiden Kriegen zutiefst besorgt sind und ihr Mitgefühl gegenüber allen Menschen in der Ukraine, in Russland, in Israel und

im Gazastreifen ausdrücken – Menschen, die Angehörige verloren haben, Verletzte, Verschleppte, Flüchtenden, Hungernden, unter ihnen so viele Kinder mit ihren Familien, und gegenüber allen, die in Angst leben. Diese beiden Kriege, die uns in Deutschland und Europa buchstäblich nahe sind und uns auf vielen Ebenen herausfordern, machen einmal mehr deutlich, dass Krieg ein Verbrechen an der Menschheit darstellt, das auf allen Seiten nur Verlierer:innen produziert. Vor diesem Hintergrund ist dieses Unterrichtsmaterial von einer grundlegenden friedenspädagogischen Haltung geprägt: Im Bewusstsein, dass es keinen Königsweg zum Frieden gibt, gilt es, von der Möglichkeit des Friedens her zu denken, die scheinbare Selbstverständlichkeit der Gewalt zurückzuweisen und selbst in schwierigsten Situationen immer und immer wieder nach Alternativen zur Gewalt zu suchen, um allen Menschen ein Leben in Frieden und Sicherheit zu ermöglichen.

Die Frage, wie ein „Leben in Frieden und Sicherheit“ nicht nur individuell, sondern mit Blick auf die Menschheit insgesamt gelingen kann, lässt sich offenkundig im Gesamtzusammenhang der gesellschaftswissenschaftlichen und werteorientierten Fächer verorten. So wird im Fach Geschichte beispielsweise erarbeitet, wie sich Europa von einem Kontinent konkurrierender und zeitweise verfeindeter (National-)Staaten über Kriege und Weltkriege bis hin zur Europäischen Union entwickelt hat, die nicht wenige auch als „Friedensprojekt Europa“ bezeichnen und darauf hinweisen, dass dieses heute mehr denn je bedroht ist. Im Fach Erdkunde wiederum wird z.B. mit Blick auf weltweite Lieferketten und Abhängigkeitsverhältnisse Globalisierung kritisch erörtert. Dem Fach Sozialkunde kommt klassischerweise die Aufgabe zu, demokratische Strukturen und Prozesse der deutschen Gesellschaft zu beleuchten, verbunden mit der Reflexion darüber, wie deutsche Politik, Gesellschaft und Kultur im internationalen Kontext agiert und wahrgenommen wird. Schließlich bieten die explizit wertevermittelnden Fächer (Religion, Philosophie, Ethik) aus der (Ideen)Geschichte, der Religion und der eigenen Spiritualität heraus Kriterien dafür an, wie Individuen, Gruppen und Gesellschaften Wege friedlicher Entwicklung gestalten können.

Beispielhafte Lehrplanbezüge Klasse 9/10 in Rheinland-Pfalz:

<i>Erdkunde:</i>	<i>Lernfeld III1: Europa – Einheit in Vielfalt, Lernfeld III.6: Globalisierung</i>
<i>Geschichte:</i>	<i>ESP6: Die weltweite Auseinandersetzung um politische Ordnungen ESP7: Die Welt nach 1945, Längsschnitt Krieg und Frieden</i>
<i>Sozialkunde:</i>	<i>Lernfeld III.3: Frieden und Sicherheit</i>
<i>Kath. Religion:</i>	<i>Themenfeld 9.2: Nach Gerechtigkeit streben</i>
<i>Ev. Religion:</i>	<i>Themenfeld: Christsein und politische Verantwortung, Anpassung oder Widerstand</i>
<i>Ethik:</i>	<i>Themenfelder Frieden, Eine Welt und Öko-Ethos</i>

In Rheinland-Pfalz wurde mit dem Lehrplan von 2016 für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer für Klassenstufe 9 oder 10 beispielsweise der „Demokratietag“ eingeführt, der der politischen Bildung über die Fächergrenzen hinaus dienen soll (vgl. Lehrplan 2016, Kapitel 7.2; beispielhafte Bezugnahme zum Lehrplan in Rheinland-Pfalz siehe oben). Aufgrund der partizipativen Methoden und der Möglichkeit zu vertiefenden Diskussionen bietet sich das vorliegende Material für die Gestaltung eines solchen Demokratietags an.

Zeitrahmen, Zielsetzung und Material

Das Material ist als Projekttag konzipiert, jedoch in drei Module zu je 90 Minuten eingeteilt, um den schulischen Zeitrahmen einzuhalten. Grundsätzlich ist es auch möglich, die Module in den laufenden Unterricht zu integrieren. Es ist ratsam, für jedes Modul eine Doppelstunde zu verwenden.

Modul 1: Frieden – was ist das?

Modul 2: Konfliktsituationen

Modul 3: Eine konkrete Utopie – Sicherheit neu denken

Für die Durchführung ist es sinnvoll, die Sitzordnung ggfs. aufzulockern und in einem Stuhlkreis bzw. mit Tischgruppen zu arbeiten. Die Ergebnisse jedes Moduls sollten schriftlich festgehalten werden und für das folgende Modul zur Verfügung stehen. Die SuS erarbeiten sich in drei Schritten eine persönliche Vorstellung von „Frieden“ und konfrontieren diese mit politischen Situationen in Geschichte und Gegenwart. Ziel ist es, den SuS die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit gewaltfreier Methoden der Konfliktbearbeitung nahe zu bringen und diese auf ihre Tauglichkeit für die Bewältigung der gegenwärtigen politischen Situation zu überprüfen.

Die Module bestehen aus einer Datei mit Fotos, sowie Arbeitsblättern für die SuS, die für Kleingruppen ausgedruckt werden sollten. Für die Lehrkräfte stehen die Lösungen in Form von Pdf-Dateien zu Verfügung und können über den Beamer präsentiert oder als Overhead-Folien ausgedruckt werden.

Zur Vorbereitung für die Lehrkraft ist eine Liste empfehlenswerter Literatur angehängt, die z.T. zum kostenlosen Download zur Verfügung steht.

Benötigtes Material:

- Moderationskoffer mit Moderationskarten, dicken Filzstiften, Scheren, Klebstreifen
- Plakatpapier oder -karton
- Pinnwand, Whiteboard, Flipchart, Pins
- Ausgedruckte Fotodatei
- Kopien der Arbeitsblätter
- Overheadfolie der Lösungen und Overheadprojektor oder Lösungen als Datei und Beamer

Modul 1: Frieden – was ist das?

Kompetenzen: Die SuS können ...

- ihre eigenen Vorstellungen von „Frieden“ beschreiben,
- die unterschiedlichen Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung erläutern,
- die Wirksamkeit gewaltfreier Ansätze in Konflikten beurteilen,

In diesem Modul wird ein Bezug zur Lebenswelt der SuS hergestellt: Wo erfahren sie im Alltag Bedrohung und Gewalt? Welche Unsicherheiten und Ängste empfinden sie? Was brauchen sie, um sich sicher und wohl zu fühlen? Welche Orte und Erfahrungen verbinden sie mit dem Begriff „Frieden“? Ziel ist es, eine Sprachfähigkeit über das, was Frieden bzw. Unfrieden sein kann, zu gewinnen.

Zeitlicher Rahmen: 90 Minuten (2 Schulstunden)

Material: Bilderserie (M1), Fragen zum Bild (M2), Moderationskarten, dicke Filzstifte, Pinnwand/Whiteboard/Tafel, evtl. Klebstreifen/Pins etc.

Durchführung

Die SuS sitzen im Stuhlkreis, die Bilder liegen aufgedeckt in der Mitte. Die SuS gehen um die Bilder herum und suchen sich je ein Bild aus, das mit zum Platz genommen wird. Danach werden die Fragen zum Bild gezeigt und die SuS erläutern ihre Auswahl in folgendem Dreischritt:

1. Beschreiben des ausgesuchten Bilds, ohne es zu zeigen; dabei ist es wichtig, dass es eine reine Bildbeschreibung ist, keine Interpretation;
2. Zeigen des Bilds und in Bezug setzen zum eigenen Leben und/oder zur Situation in Deutschland;
3. Fortsetzen des Satzbeginns „Frieden ist für mich ...“; Festhalten der Aussage mit einem Schlagwort auf einer Moderationskarte;

Unter Anleitung der Lehrkraft erstellen die SuS mit Hilfe der Moderationskarten eine Mindmap oder ein Cluster mit der Überschrift „Frieden ist“. Das Cluster wird an der Pinnwand oder Tafel befestigt. Die SuS kommen ins Gespräch über ...

- Bedrohungen des Friedens im Kleinen wie im Großen
- (eigene) Gewalterfahrungen
- Rolle von Militär und Waffen zur Friedenssicherung
- Rolle der demokratischen Institutionen bei der Friedenssicherung
- innere/äußere Sicherheit
- Gewaltfreiheit
- etc. ...

Ergebnissicherung

Je nach zeitlichen Möglichkeiten, kann die Mindmap/das Cluster abgeschrieben werden oder die SuS machen ein Handyfoto davon oder die Pinnwand bleibt den restlichen Tag stehen.

Modul 2: Konfliktsituationen

In diesem Modul werden sechs reale Konfliktsituationen aus vier Kontinenten vorgestellt. Es handelt sich sowohl um innergesellschaftliche als auch um internationale Konflikte, in denen gewaltfreie

Konfliktbearbeitung beobachtet werden konnte. Einige davon waren nachhaltig erfolgreich, bei anderen handelte es sich um einen Teilerfolg, der Vorbild für einen dauerhaften Erfolg sein könnte.

Fallbeispiele:

1. Ein Atomkraftwerk soll gebaut werden – Deutschland/Wyhl 1973-1977
2. Ein Grenzkonflikt in Südamerika – Peru/Ecuador 1995-1998
3. Rassentrennung trotz Demokratie – USA in den 1950er Jahren (Rosa Parks)
4. Eine Mauer wird gebaut – Israel/palästinensische Gebiete 2002
5. Ein festgefahrener Bürgerkrieg – Liberia 2003
6. Dorfbewohner wollen ihren Wald vor Rodung und Kohleabbau schützen – Deutschland/Hambacher Forst 2012-2023
7. Die Stadt Slavutytsch wird vom russischen Militär erobert – Ukraine 2022

Die SuS werden in sechs Gruppen eingeteilt. Jede Gruppe bekommt die Beschreibung eines Konflikts (M3-Schülermaterial). Die SuS beschreiben auf diesem Blatt die aus ihrer Sicht wahrscheinlichen weiteren Entwicklungsschritte des Konflikts. Dabei wird **nicht** vorgegeben, dass es eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung geben soll bzw. ob der Konflikt überhaupt bearbeitet werden kann.

Im Plenum werden die verschiedenen Konflikte und deren vermutete Weiterentwicklung vorgestellt. Danach erläutert die Lehrkraft die tatsächliche Entwicklung anhand der Folie. Wahrscheinlich ist, dass durch diese „Auflösung“ neue Akteure durch die Lehrkraft benannt werden, von denen die SuS noch nichts wissen konnten. An dieser Stelle ist es sinnvoll, dass die Lehrkraft darauf verweist, dass das von den SuS erarbeitete Szenario ein alternatives gegenüber dem tatsächlich eingetretenen darstellt.

Die Politikwissenschaftlerinnen Erica Chenoweth und Maria Stephan aus den USA untersuchten in einer erstmalig in dieser Form angelegten Studie 323 Fälle von Konflikten im 20. Jahrhundert; dabei verglichen sie Fälle, in denen Konfliktparteien unbewaffnet ihre Ziele verfolgten mit bewaffneten Gruppen. Die 2011 erschienene Studie „Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict“ kommt zu dem (für viele erstaunlichen) Ergebnis:

- **gewaltfreie Aufstände wurden im Laufe des letzten Jahrhunderts immer häufiger**
- **gewaltfrei agierende Gruppen sind erfolgreicher**
- **gewaltfreie Kampagnen sind nachhaltiger im Aufbau von demokratischen Strukturen**

In der Fortsetzung der Studie, die im Jahr 2021 erschien, wurde diese Ergebnisse weiter bestätigt (vgl. Literaturhinweise; Chenoweth/ Stephan 2011; Chenoweth 2021).

Wie die ausgewählten Fallbeispiele zeigen, kann „Frieden“ nicht als ein klar definierbares Ziel gelten, sondern muss als Prozess verstanden werden (vgl. Gandhi: „Der Weg ist das Ziel“). Dabei werden verschiedene Methoden und Formen der „aktiven Gewaltfreiheit“ deutlich. Zur vertiefenden Erläuterung des Konzepts ist es hilfreich, Gewaltfreiheit in zwei Dimensionen einzuführen: zum einen als eine Philosophie, welche die Anwendung von Gewalt für moralisch und politisch illegitim und/oder kontraproduktiv hält; zum anderen verstanden als *aktive* Gewaltfreiheit, also eine Praxis mit reichem Methodenrepertoire, um gesellschaftlichen Wandel zu erreichen und Widerstand gegen Unterdrückung auszudrücken.

Die Methoden der aktiven Gewaltfreiheit werden im Anschluss an die Vorstellung der Konfliktszenarien der SuS auf Moderationskarten gesammelt und strukturiert. Eine Vorlage dazu ist im Material für Lehrkräfte als Folie zu finden. Dabei sollte deutlich werden...

- ➔ ... dass nicht eine „konfliktfreie Gesellschaft“ das Ziel ist, weil Konflikte Bestandteil des sozialen Lebens sind,
- ➔ ... dass Konflikte gewaltfrei bearbeitet werden können („gut miteinander streiten“),
- ➔ ... dass gewaltfreie Konfliktbearbeitung Grundlage von Demokratie ist.

Um das Repertoire der Methoden der aktiven Gewaltfreiheit in seiner Gänze kennenzulernen, kann ein Blick in eine Veröffentlichung von Michael A. Beer „[Civil Resistance Tactics in the 21st Century](#)“ hilfreich sein. Der Autor aktualisiert darin die klassische Liste der Methoden der Gewaltfreiheit von Gene Sharp aus dem Jahr 1973 um neuere Methoden im digitalen Zeitalter; die aktualisierte Liste umfasst 346 Methoden (vgl. Beer 2021, ab S. 83).

Ergebnissicherung

Die SuS schreiben die Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung ab oder fotografieren das Cluster oder Tafelbild.

Zusatzmaterial: „Keine Gewalt! – DDR 1989“

Die Ereignisse im Oktober und November 1989, die zum „Mauerfall“, dem Regierungswechsel in der DDR und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten geführt haben, sind ein Beispiel für einen gewaltfreien Aufstand, der eine Diktatur beendet. Dabei ist die Gewaltlosigkeit der Proteste der Schlüssel zum Erfolg.

Das Arbeitsblatt hierzu kann von jenen Gruppen bearbeitet werden, die die vorangehenden Aufgaben in kürzerer Zeit erledigt haben; es kann dann den anderen vorgestellt werden oder als Zusatzmaterial für alle SuS verwendet werden.

Hinweis zur Fallbeispiel 3/„Eine Mauer wird gebaut – Israel/palästinensische Gebiete 2002“:

In M 3: Konfliktbeispiele (Auflösung) wird der international ausgezeichnete Film „[5 Broken Cameras](#)“ erwähnt. Der Film, der unter der Regie des Palästinensers Emad Burnat und des Israelis Guy Davidi entstanden ist, war/ist Gegenstand kontroverser Debatten. Burnat unterstützt die internationale Boykott-, Desinvestitionen- und Sanktionen-Kampagne (BDS), die von der israelischen Regierung und ihr nahestehender Organisationen stark kritisiert wird. Zum Hintergrund zu empfehlen (zum Download): „[Die deutsche Kontroverse um BDS: Eine Einordnung](#)“, Beitrag von Muriel Asseburg, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), in "Israel & Palästina - Zeitschrift für Dialog, 2020.

In der Auseinandersetzung mit diesem Fallbeispiel kann es hilfreich sein darauf hinzuweisen, dass alle Staaten, hier eben Israel, legitime Sicherheitsinteressen geltend machen können, dass dies aber nicht notwendigerweise zum Bau von Mauern führen muss.

Hilfreiche Tipps zum Umgang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt insbesondere seit dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der Eskalation der Gewalt in der Folge finden Sie z.B.

- bei der Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg: [Israel-Palästina – eine Konfliktanalyse aus friedenspädagogischer Sicht](#)
- oder bei ufuq.de – Pädagogik, politische Bildung und Prävention in der Migrationsgesellschaft: [Hamas-Terror, Gaza-Krieg und Nahostkonflikt – 50 Handlungsmöglichkeiten für Lehrer:innen](#)

Fallbeispiel 7: Gewaltfreier Widerstand in einem kriegerischen Umfeld – Ukraine 2022

Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 löste – neben der militärischen Verteidigung – auch vielfältige Aktionen gewaltfreien Widerstands aus. Dieser hat in der Ukraine eine mehr als 100-jährige Tradition. Informellen Netzwerke auf lokaler Ebene, selbstorganisierten Gemeinschaften und Organisationen für Menschenrechte und Mediation gelang es, mit Protestaktionen, Verweigerung der Zusammenarbeit und Interventionen, die militärische Eroberung zu behindern, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und die Zivilbevölkerung zu schützen.

Eine Studie des Internationalen Katalanischen Instituts für Frieden (ICIP) und des Internationalen Instituts für gewaltfreie Aktion (Novact) untersuchte mit Unterstützung der Friedrich-Schiller-Universität Jena diesen gewaltfreien Widerstand zwischen Februar und Juni 2022. Die zunächst auf Englisch veröffentlichte Untersuchung ist mittlerweile unter dem Titel „[Ukrainischer gewaltfreier ziviler Widerstand im Angesicht des Krieges](#)“ ins Deutsche übersetzt und frei verfügbar. Im Anhang der Studie ist eine ausführliche Datenbank zur Dokumentation der verschiedenen Aktionen, teilweise auch mit Filmmaterial, zu finden.

Modul 3: Eine konkrete Utopie – Sicherheit neu denken

Grundlage dieses Moduls ist das Konzept „Sicherheit neu denken“ (vgl. Becker et al. 2019). Dieses Konzept arbeitet mit der „Szenario-Technik“. Dabei werden zu erwartende problematische Entwicklungen auf Grundlage vergangener und aktueller Beobachtungen antizipiert. Die so gewonnenen Szenarien können nun mit den tatsächlichen politischen Konzepten und Planungen konfrontiert werden.

Das Szenario „Sicherheit neu denken“ wurde von einer Arbeitsgruppe der Evangelischen Landeskirche in Baden entworfen mit dem Ziel, mittelfristig aus der militärischen Friedenssicherung auszusteigen und eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik zu entwerfen. „Nachhaltige zivile Sicherheitspolitik beruht auf einer Friedensethik, in der sich die Gedanken und Handlungen nicht nur auf die eigenen nationalen Interessen beziehen, sondern zugleich reflektieren, welche Folgen diese für die Menschen in anderen Ländern haben. Sicherheit besteht in dieser Perspektive (nur) als gemeinsame Sicherheit aller Beteiligten. (...) Gemeinsame Sicherheit bedeutet, für die eigene Sicherheit einen Lebens- und Wirtschaftsstil zu praktizieren, der die ökologischen Ressourcen der Erde nur entsprechend unseres Bevölkerungsanteils in Anspruch nimmt und weltweit zu ökologisch und sozial gerechten Wirtschaftsbeziehungen führt. Es geht um eine konsequente Umsetzung der auf der UN-Ebene vereinbarten Ziele weltweiter nachhaltiger Entwicklung bis zum Jahr 2020. Dieses Szenario führt dazu, finanzielle Mittel bis zum Jahr 2040 konsequent von militärischer Sicherheitspolitik hin zu ziviler Konfliktprävention und -bearbeitung umzulenken.“ (Sicherheit neu denken – Kurzfassung, S. 6-7)

Diesem Vorschlag hat sich ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher und friedenspolitischer Organisationen angeschlossen, das Multiplikator:innen ausbildet und Veranstaltungen vorbereitet. Aktuelle Informationen sind hier zu finden:

<https://www.sicherheitneudenken.de>

Die SuS erhalten zunächst eine Einführung in die Szenario-Methode. Anschließend bekommen sie gruppenweise (3-4 Personen) Umschläge, welche die Elemente der drei möglichen Szenarien (als „Puzzleteile“) beinhalten. Die SuS ordnen die Elemente den drei möglichen Szenarien zu und legen sie als Entwicklungsschritte aneinander. Dabei ist es sinnvoll, den SuS den Rat zu geben, zunächst in Elemente des Positiv-, des Trend- und des Negativ-Szenarios zu unterteilen und dann in dem jeweiligen Szenario eine sinnvolle Entwicklung festzulegen. Die drei Szenarien werden von den SuS auf die Lösungsvorlage aufgeklebt.

Mögliche Leistungsdifferenzierung:

Leistungsstärkere Gruppen bekommen eine Lösungsvorlage, bei der nur die Ausgangssituation vorgegeben ist, leistungsschwächere Schüler:innengruppen bekommen eine Lösungsvorlage mit Ausgangs- und Endsituation.

Die Ergebnisse werden mit den tatsächlichen Szenarien im Entwurf „Sicherheit neu denken“ verglichen. Dabei sollte die Lehrkraft betonen, dass es sich bei den jeweiligen Ausgangspunkten der drei Szenarien um reale Ereignisse bzw. Beschlüsse der Bundesregierung handelt. Mit anderen Worten: Von den jetzigen politischen Gegebenheiten und getroffenen Entscheidungen ausgehend sind (noch) alle drei Entwicklungen möglich.

Zusatzmaterial: Zivile Friedensentwicklung in einer Konfliktregion

In verschiedenen Krisen- und Konfliktregionen der Welt unterstützen Misereor und pax christi Organisationen, die sich in gewaltfreier Konfliktbearbeitung, Gewaltprävention und ziviler Friedensentwicklung engagieren.

Die beiden Arbeitsblätter zum „[Rossing Center for Education and Dialogue](#)“ sowie zum „[Arab Educational Institute](#)“ stellen jeweils einen der Projektpartner und seine Form des friedenspolitischen Engagements vor. Die Arbeitsblätter können von leistungsstarken Gruppen oder der gesamten Klasse als Zusatzaufgabe bearbeitet werden.

Leitfragen zum Abschlussgespräch:

- Bewertung der Szenarien aus Modul 3:
 - ➔ Wie realistisch bzw. wahrscheinlich sind die einzelnen Szenarien? Welches ist das wahrscheinlichste und warum?
 - ➔ Ist das Positivszenario (für alle) das wünschenswerte? Was bräuchte es dafür? Ist unsere Demokratie resilient?
- Rückblick Modul 2:
 - ➔ Unter welchen Umständen würde ich gewaltfreien Widerstand leisten? Wie würde meine persönliche aktive Gewaltfreiheit aussehen?
 - ➔ Welche Methoden sind noch gewaltfreier Widerstand, welche nicht mehr?
 - ➔ Wo versagt Gewaltfreiheit meiner Meinung nach?
- Rückblick auf Modul 1:
 - ➔ Hat sich meine Vorstellung von „Frieden“ geändert?
 - ➔ Möchte ich etwas ergänzen? Ergänzungen, Kommentare werden auf Karten geschrieben und an die Mindmap/das Cluster geheftet.

Auswertung:

Auf dem Boden liegen:

- eine Brille (oder eine gezeichnete Brille): Die SuS nennen neue Erkenntnisse/Sichtweisen, die sie an diesem Tag gewonnen haben.
- ein Mülleimer (oder ein gezeichneter Mülleimer): Die SuS nennen Vorstellungen, die sie „wegwerfen“ wollen.
- ein Fragezeichen: Die SuS benennen die Fragen, die ihnen nach diesem Tag noch bleiben oder Dinge, die sich fraglich finden.

Literatur

Becker, Ralf/ Maaß, Stephan/ Schneider-Harpprecht, Christoph (2019) *Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – Ein Szenario bis zum Jahr 2040*. 2. Auflage. Karlsruhe: Evangelischer Oberkirchenrat. Download unter:

https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/261672/d--friedensszenario_2021_auf1-3_lang_komplett.pdf

Beer, Michael A. (2021) *Civil Resistance Tactics in the 21st Century*. Washington, ICNC Press. Download unter: <https://www.nonviolent-conflict.org/wp-content/uploads/2021/03/Civil-Resistance-Tactics-in-the-21st-Century-Monograph.pdf>

Berghof Foundation (2020) *Berghof Glossar zu Konflikttransformation und Friedensförderung. 20 Essays zu Theorie und Praxis*. Berlin/Tübingen: Berghof Foundation. Download unter: <https://berghof-foundation.org/library/berghof-glossar-zu-konflikttransformation-und-friedensfoerderung-20-essays-zu-theorie-und-praxis>

Chenoweth, Erica (2021) *Civil Resistance – What Everyone Needs to Know*. New York Oxford University Press.

Chenoweth, Erica/ Stephan, Maria (2011) *Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*. New York: Columbia University Press.

Daza Sierra, Felip (2022) *Ukrainischer gewaltfreier ziviler Widerstand im Angesicht des Kriegs*. International Catalan Institute for Peace/International Institute for Nonviolent Action (Novact)/Friedrich-Schiller-Universität Jena. ([Download](#))

Jäger, Uli (2018) *Friedensbildung 2020: Grundzüge für eine zeitgemäße „Erziehung zur Friedensliebe“ an Schulen*. In Meisch, Simon/ Jäger, Uli/ Nielebock, Thomas (Hrsg.) *Erziehung zur Friedensliebe. Annäherungen an ein Ziel aus der Landesverfassung Baden-Württemberg*. Baden-Baden: Nomos, S. 325-343.

Maaß, Stefan (2012) *Warum und wie gewaltfreie Kampagnen funktionieren*. Die erstaunlichen Erkenntnisse einer Studie von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan. In: *Forum Pazifismus* 9 (34-36), S. 35-39. Download unter: http://www.forum-pazifismus.de/Download-Archiv/Einzelseiten/FP34_35_36-07-35-MAASS-Kampagnen.pdf

Maaß, Stefan (2016) *Vergleich bewaffnete und unbewaffnete Aufstände. Chenoweth, Stephan – update 2016*. Download unter: https://www.friedensbildung-bw.de/fileadmin/friedensbildung-bw/redaktion/Aktuelles/Update-2016-Studie-Chenoweth_Stephan.pdf

Mubashir, Mir/ Grizelj, Irena (2018) *The Youth Space of Dialogue and Mediation. An Exploration*. Berlin: Berghof Foundation.

pax christi – Internationale Katholische Friedensbewegung (2020) *Gewaltfrei wirkt. Erfolge der Gewaltfreiheit. 61 Fallbeispiele von 1907-2019*. Zweite aktualisierte Auflage. Berlin: Deutsche Sektion von pax christi. Download unter:

<https://www.paxchristi.de/artikel/view/5780189921411072/Neuaufgabe:%20Erfolge%20der%20Gewaltfreiheit>

The Guardian (26.03.2022) *Russian soldiers release Ukraine town's mayor and agree to leave after protests*. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2022/mar/26/russian-soldiers-release-ukraine-towns-mayor-and-agree-to-leave-after-protests>

Zum Hambacher Forst:

<https://hambacherforst.org/>

<https://www.youtube.com/watch?v=JdQ1djNxlAs>

https://www.youtube.com/watch?v=rHv_DuRGVIY

Zur friedlichen Revolution in der DDR 1989:

Evangelische Kirche in Deutschland: *Leipzig - Von den Friedensgebeten zur friedlichen Revolution*. Verfügbar unter: <https://www.ekd.de/23412.htm>

Norbert Heber, Johannes Lehmann (Hg.) *Keine Gewalt! Der friedliche Weg zur Demokratie. Eine Chronik in Bildern*. Evangelische Verlagsanstalt Berlin, o.J.

Doris Mundus (2009): *Leipzig 1989. Eine Chronik*. Leipzig: Lehmann-Verlag.

Hinweise und Links zu weiteren Materialien

Brot für die Welt (2013) *Das Thema Gewaltfreiheit*. In Global Lernen 2/2013. Service für Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarstufen. Download unter: https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Jugend_und_Schule/Global_lernen/global_lernen_2013-2.pdf

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (2020) *Jugendliche werden Friedensstifter/innen. Ein Handbuch für Trainer/innen zur Ausbildung von Jugendlichen zu Friedensstifter/innen*. Zweite überarbeitete Auflage. Download unter: <https://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=288452>

pax christi – Internationale Katholische Friedensbewegung, Kommission Rüstungsexport (2018) *Rüstungsexporte aus Deutschland. Arbeitsblätter für den Unterricht Sekundarstufe II*. Download unter: <https://www.paxchristi.de/meldungen/view/5876882922799104/Unterrichtsmaterial%20zu%20Rüstungsexporten>

Pfarramt für Friedensarbeit in der Ev. Landeskirche in Württemberg/ Pädagogisch-Theologisches Zentrum Stuttgart (2019) *Friedensbildung in Schule und Gemeinde. Handreichung*. Download unter:

https://www.ptz-rpi.de/fileadmin/user_upload/ptz/einzelhomepageseite/Friedenspaedagogik/2018_materialien_friedenspaedagogik/2020_Friedensbildung_Handreichung_gesammelt.pdf

Religionspädagogisches Institut der Evangelischen Landeskirche in Baden (2017) „Zur Hölle mit dem Teufel!“ *Die Effektivität gewaltfreien Widerstands und das friedensstiftende Potenzial der Religionen. Unterrichtseinheit für Klassen der Sekundarstufe II.* Zweite erweiterte Auflage. Download unter: https://www.ekiba.de/media/download/variant/122168/ue_zur_hoelle_mit_dem_teufel_2._aufl._2017_09_12.pdf

Schweizer, Joachim/ Stich, Ansgar (2019) *Damit es nicht gleich kracht! Spannende Ländervergleiche aus Afrika, Asien und Lateinamerika zu Frieden und Gerechtigkeit (für Klasse 8-13).* Misereor/ Augsburg: Auer Verlag.

Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg (2020) *Menschen im Krieg – Menschen gegen Krieg. 40 Fotos für den Frieden.* Bad Urach: Landeszentrale für politische Bildung.
<https://www.friedensbildung-bw.de/bilderset-menschen-im-krieg>

Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg (2024) *Israel-Palästina – eine Konfliktanalyse aus friedenspädagogischer Sicht.* Bad Urach, Stuttgart, Ludwigsburg. Verfügbar unter: <https://www.friedensbildung-bw.de/israel-nahostkonflikt>

Vertiefende Literatur

Ackerman, Peter/ DuVall, Jack (2001) *A Force More Powerful. A Century of Nonviolent Conflict.* New York: Palgrave Macmillan.

Asseburg, Muriel/ Busse, Jan (2016) *Der Nahostkonflikt: Geschichte, Positionen, Perspektiven.* München: Beck.

Boyd, Andrew/ Mitchell, Dave Oswald (2014) *Beautiful Trouble. Handbuch für eine unwiderstehliche Revolution.* Freiburg: Orange Press.

Böhme, Jörn/ Sterzing, Christian (2012) *Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts.* Schwalbach: Wochenschau-Verlag.

Gbowee, Roberta Leymah/ Mithers, Carol (2012) *Wir sind die Macht. Die Autobiographie der Friedensnobelpreisträgerin.* Stuttgart: Klett-Cotta.

Popovic, Srdja/ Miller, Mathew (2015) *Protest! Wie man die Mächtigen das Fürchten lehrt.* Frankfurt am Main: Fischer.

Sharp, Gene (2008) *Von der Diktatur zur Demokratie: Ein Leitfaden für die Befreiung.* Das Lehrbuch zum gewaltlosen Sturz von Diktaturen, aus dem Englischen übersetzt von Andreas Wirthensohn. München: Beck.

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
<https://www.swp-berlin.org/suchergebnisse/?q=Nahostkonflikt>

Weitere Links

Bund für soziale Verteidigung (BSV)/

<https://soziale-verteidigung.de/>

Forum Ziviler Friedensdienst (ZFD)/ Friedensbildung in der Schule

<https://www.forumzfd.de/de/friedensbildung-in-der-schule>

pax christi – Internationale Katholische Friedensbewegung u.a. Materialien der Kommission Friedensbildung, der Kommission Nahost sowie der Kommission Rüstungsexporte

<https://www.paxchristi.de/kommissionen/list?orderby=name>

Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg – Materialien

<https://www.friedensbildung-bw.de/frieden-unterrichtsmaterialien>

M2: Aufträge zum Bild

Bitte ausdrucken und auf den Boden legen, nachdem jede Schülerin und jeder Schüler sich ein Bild ausgesucht hat.

1. Beschreibe Dein Bild!

(Keine Bild-Interpretation!)

2. Was hat das Bild mit
Deinem Leben/der
Situation in
Deutschland zu tun?

3. Frieden ist für mich

...

(mit Bezug zum Bild)

M3: Konfliktbeispiele

Bitte die verschiedenen Fallbeispiele ausdrucken. Die SuS werden in Gruppen aufgeteilt und erhalten je ein Fallbeispiel. Wenn die Gruppen zu groß werden, kann auch ein Beispiel doppelt verteilt werden.

Die SuS überlegen nun in ihren Gruppen, wie sich der Konflikt weiter entwickeln und zu welcher „Lösung“ es am Ende kommen könnte. Dabei sollten einzelne Schritte bzw. Maßnahmen benannt werden.

M3: Konfliktbeispiele – Schüler:innenmaterial

Ein Atomkraftwerk soll gebaut werden – Wyhl 1973-1977

Ausgangslage				
<p>Juli 1973: offizielle Ankündigung, dass in der Gemeinde Wyhl am Kaiserstuhl ein Atomkraftwerk errichtet werden soll. Bürger:inneninitiativen werden gegründet, Einsprüche und Klagen vorbereitet. Proteste von Atomkraftgegner:innen, darunter auch Bauern und Winzer folgen unmittelbar. Französische und deutsche Atomkraftgegner:innen solidarisieren sich. Januar 1975: Wirtschaftsministerium genehmigt den Bau; Februar 1975: Baubeginn, Gegner:innen stellen sich in letzter Sekunde vor die Baumaschinen.</p>				

M3: Konfliktbeispiele – Schüler:innenmaterial

Ein Grenzkonflikt in Südamerika – Peru/Ecuador 1995-1998

Ausgangslage				
<p>Seit der Unabhängigkeit von Spanien kommt es zwischen Ecuador und Peru immer wieder zu Grenzkonflikten im relativ unzugänglichen, aber wirtschaftlich interessanten Amazonasgebiet. Zur Grenzziehung werden Flüsse herangezogen, die jedoch ihren Lauf immer wieder ändern. 1995 stehen in Peru Präsidentschaftswahlen an, bei denen sich der Präsident Alberto Fujimori erneut wählen lassen will. In Ecuador ist der Präsident Sixto Durán Ballén aufgrund der schlechten Wirtschaftslage unbeliebt. Ende Januar beginnen beide Länder mit der Mobilisierung ihrer Truppen. Am 26. Januar verhindern ecuadorianische Truppen die Errichtung eines neuen Hubschrauberlandesplatzes durch Peru in dem umstrittenen Gebiet. Eine Großoffensive Perus wird zunächst von der ecuadorianischen Luftwaffe zurück geschlagen, aber am 13. Februar kann Peru die ecuadorianische Stadt Tiwinza einnehmen. Der Friedensvertrag vom 28. Februar beendet jedoch nicht den Konflikt, weil beide Seiten sich zum Sieger erklären.</p>				

M3: Konfliktbeispiele – Schüler:innenmaterial

Rassentrennung trotz Demokratie – USA in den 50er Jahren

Ausgangslage				
<p>Die Verfassung der USA von 1787 garantiert als erste schriftliche Konstitution die Bürgerrechte – aber nicht für alle. Die afroamerikanische Minderheit ist zwar formal gleich gestellt, wird aber getrennt behandelt. Es gibt für Afroamerikaner*innen eigene Schulen, teilweise eigene öffentliche Toiletten und sie haben oft schlechter bezahlte Jobs. In Bussen gibt es vorne Sitze für Weiße, die oft leer sind und hinten Plätze für Schwarzen, die oft überfüllt sind. In der Mitte gibt es eine Zone, die von Schwarzen besetzt werden dürfen, solange kein Weißer Anspruch darauf erhebt. Am 1. Dezember 1955 sitzt die Afroamerikanerin Rosa Parks auf dem Heimweg von ihrer Arbeit auf solch einem Platz. Plötzlich steigt ein weiterer weißer Fahrgast zu.</p>				

M3: Konfliktbeispiele – Schüler:innenmaterial

Eine Mauer wird gebaut – Israel/palästinensische Gebiete 2002

Ausgangslage				
<p>Das palästinensische Dorf Bil'in hat 1.800 Einwohner und liegt 12 km westlich von Ramallah im Westjordanland/ Palästina. Im Jahr 2002 beginnt Israel mit dem Bau einer Mauer rund um das Westjordanland. Bil'in liegt 4 km von der eigentlichen Grenze zwischen Israel und der Westbank, dennoch wurde auf dem Gebiet Teile dieser Mauer und eine israelische Siedlung gebaut. Im Januar 2005 beginnen die Dorfbewohner:innen mit einer wöchentlichen Mahnwache aus Protest gegen die Mauer und die Siedlung. Das Militär hat den Auftrag, die Mauer zu bewachen und ist vor Ort.</p>				

M3: Konfliktbeispiele – Schüler:innenmaterial

Ein festgefahrener Bürgerkrieg – Liberia 2003

Ausgangslage				
<p>In 15 Jahren Bürgerkrieg in Liberia (mit Unterbrechungen), der eng in Verbindung mit dem Bürgerkrieg im benachbarten Sierra Leone steht, werden von verschiedenen Kriegsparteien schwerste Kriegsverbrechen begangen. Warlords finanzieren den Krieg auch durch den Abbau und Handel mit „Blutdiamanten“. Eine Bewegung von christlichen und muslimischen Frauen protestiert mit Märschen, Sitzstreiks und anderen, meist schweigenden Aktionen und in weißen T-Shirts gegen die Kriegsgewalt, insbesondere gegen die Zivilbevölkerung.</p>				

M3: Konfliktbeispiele – Schüler:innenmaterial

Dörfer wollen ihren Wald vor Rodung und Kohleabbau schützen – Deutschland 2012-2023

Ausgangslage				
<p>Der Bürgerwald in Nordrhein-Westfalen gehört zu den letzten großen Mischwäldern in Europa. Er ist ein einzigartiges Ökosystem, das am Ende der letzten Eiszeit entstand. Seit dem 18. Jahrhundert befindet er sich im Besitz der umliegenden Gemeinden.</p> <p>1978 kauft der Energiekonzern RWE den Gemeinden diesen Wald ab. Jetzt heißt der Wald Hambacher Forst und RWE beginnt mit Rodungen, um Braunkohle abzubauen.</p> <p>35 Jahre später ist vom Wald nur noch ein Zehntel übrig. Auch viele Dörfer wurden zerstört und die Menschen umgesiedelt.</p> <p>Braunkohle enthält ca. 55% Wasser und muss erst getrocknet werden, damit sie für die Stromerzeugung genutzt werden kann. Deshalb trägt sie besonders stark zum Klimawandel bei.</p>				

M3: Konfliktbeispiele - Schülermaterial

Die Stadt Slawutytsch wird von russischem Militär erobert – Ukraine 2022

Ausgangslage				
<p>Slawutytsch ist eine Stadt im Norden der Ukraine nahe Belarus. Sie liegt am Rande der Sperrzone, um das Atomkraftwerk Tschernobyl, wo sich 1986 die schlimmste Reaktorkatastrophe der Welt ereignet hat. Slawutytsch wurde 1986 als Ersatz für eine Stadt gebaut, die aufgrund der radioaktiven Verstrahlung unbewohnbar wurde. Viele der heutigen Bewohner:innen sind Opfer der Reaktorkatastrophe oder Arbeiter:innen und Wissenschaftler:innen, die regelmäßig zur Überwachung in den ehemaligen Reaktor pendeln. Am 26.03.2022 wird Slawutytsch im Zuge des russischen Überfalls auf die Ukraine besetzt. Der Bürgermeister wird von den russischen Streitkräften festgenommen.</p>				

M 3: Konfliktbeispiele (Auflösung)

Ein Atomkraftwerk soll gebaut werden – Wyhl 1973-1977

Ausgangslage	Zwischenerfolg	anhaltender Protest	staatliche Reaktionen	endgültiger Erfolg
<p>Juli 1973: offizielle Ankündigung, dass in der Gemeinde Wyhl am Kaiserstuhl ein Atomkraftwerk errichtet werden soll. Bürger:inneninitiativen werden gegründet, Einsprüche und Klagen vorbereitet. Proteste von Atomkraftgegner:innen, darunter auch Bauern und Winzer folgen unmittelbar. Französische und deutsche Atomkraftgegner:innen solidarisieren sich. Januar 1975: Das Wirtschaftsministerium genehmigt den Bau; Februar 1975: Baubeginn, Gegner:innen stellen sich in letzter Sekunde vor die Baumaschinen.</p>	<p>Protestaktionen bringen Baumaschinen zum Stillstand, der Bauplatz wird besetzt. Wenige Tage später räumt die Polizei den Platz mit Hilfe von Hundestaffeln und Wasserwerfern. Das Gelände wird mit Panzerdraht eingezäunt und gesichert.</p>	<p>Täglich protestieren tausende am Stacheldraht. Ende Februar überwinden Aktivisten im Rahmen einer Großkundgebung mit bloßen Händen die Barrikaden. Die Polizei verlässt das Gelände, der Bauplatz wird besetzt, ein Freundschaftshaus errichtet und die „Volkshochschule Wyhler Wald“ gegründet.</p>	<p>Schadensersatzforderungen, Berufsbehinderungen, Stromabschaltungen, Telefonüberwachungen, Anzeigenkampagnen – Aktivist:innen und sympathisierende Bevölkerung sollen damit eingeschüchtert werden. Im Sommer 1975 gibt es erste Kontakte zwischen Landesregierung und Atomkraftgegner:innen. Im November verlassen die Bürgerinitiativen den Platz, der weiterhin von ihnen, der Landesregierung und dem Bauherrn bewacht wird.</p>	<p>Im April 1977 entscheidet das Freiburger Gericht, dass der Kraftwerksbau wegen eines fehlenden Berstschutzes unzulässig ist. Weitere politische und gerichtliche Verhandlungen folgen. Das Atomkraftwerk in Wyhl wird nie gebaut. Die Proteste in Wyhl werden bis heute als Ursprung der deutschen Anti-Atomkraftbewegung gesehen.</p>

M 3: Konfliktbeispiele (Auflösung)

Ein Grenzkonflikt in Südamerika – Peru/Ecuador 1995-1998

Ausgangslage	Veränderung der Rahmenbedingungen	Politischer Druck und Konfliktanalyse	Konfliktbearbeitung	Nachhaltige Konflikttransformation
<p>Seit der Unabhängigkeit von Spanien kommt es zwischen Ecuador und Peru immer wieder zu Grenzkonflikten im relativ unzugänglichen, aber wirtschaftlich interessanten Amazonasgebiet. Zur Grenzziehung werden Flüsse herangezogen, die jedoch ihren Lauf immer wieder ändern. 1995 stehen in Peru Präsidentschaftswahlen an, bei denen sich der Präsident Alberto Fujimori erneut wählen lassen will. In Ecuador ist der Präsident Sixto Durán Ballén aufgrund der schlechten Wirtschaftslage unbeliebt. Ende Januar beginnen beide Länder mit der Mobilisierung ihrer Truppen. Am 26. Januar verhindern ecuadorianische Truppen die Errichtung eines neuen Hubschrauberlandesplatzes durch Peru in dem umstrittenen Gebiet. Eine Großoffensive Perus wird zunächst von der ecuadorianischen Luftwaffe zurück geschlagen, aber am 13. Februar kann Peru die ecuadorianische Stadt Tiwinza einnehmen. Der Friedensvertrag vom 28. Februar beendet jedoch nicht den Konflikt, weil beide Seiten sich zum Sieger erklären.</p>	<p>Nach Ende des Kalten Krieges und mit Beginn der Globalisierung steigt das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit. Die regionale Integration wird gefördert, z.B. auch durch gemeinsame Wirtschaftszonen (Vorbild EU).</p>	<p>Brasilien bietet sich als Vermittler an, da es an einer regionalen Zusammenarbeit in Südamerika interessiert ist. Es stellt sich heraus, dass die umkämpfte Region in beiden Ländern wirtschaftlich am schwächsten entwickelt ist. Gleichzeitig ist sie Heimat indigener Völker und einer großen Artenvielfalt.</p>	<p>Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung wird als informeller Vermittler hinzu gezogen. Er analysiert mit den Beteiligten die Hintergründe des Konflikts und bringt eine neue kreative Idee in die Verhandlungen ein.</p>	<p>Galtung schlägt vor, in dem umstrittenen Gebiet einen bi-nationalen Natur- und Friedenspark einzurichten. Eine Ecuadorianisch-Peruanische Nachbarschaftskommission plant die Naturschutzgebiete und verwaltet sie gemeinsam. 1998 wird in Brasilia ein Friedensvertrag unterzeichnet. Auf ecuadorianischer Seite erhält das indigene Volk der Shuar ein eigenes Territorium.</p>

M 3: Konfliktbeispiele (Auflösung)

Rassentrennung trotz Demokratie – USA in den 50er Jahren

Ausgangslage	Ziviler Ungehorsam	Bus-Boycott	Protestmarsch	anhaltende Diskriminierung/ anhaltender Protest
<p>Die Verfassung der USA von 1787 garantiert als erste schriftliche Konstitution die Bürgerrechte – aber nicht für alle. Die afroamerikanische Minderheit ist zwar formal gleich gestellt, wird aber getrennt behandelt. Es gibt für Afroamerikaner:innen eigene Schulen, teilweise eigene öffentliche Toiletten und sie haben oft schlechter bezahlte Jobs. In Bussen gibt es vorne Sitze für Weiße, die oft leer sind und hinten Plätze für Schwarzen, die oft überfüllt sind. In der Mitte gibt es eine Zone, die von Schwarzen besetzt werden dürfen, solange kein Weißer Anspruch darauf erhebt. Am 1. Dezember 1955 sitzt die Afroamerikanerin Rosa Parks auf dem Heimweg von ihrer Arbeit auf solch einem Platz. Plötzlich steigt ein weiterer weißer Fahrgast zu.</p>	<p>Der Fahrgast verlangt, dass die afroamerikanischen Fahrgäste die ganze Reihe räumen. Alle tun es – bis auf Rosa Parks. Der Busfahrer ruft die Polizei. Rosa Parks wird verhaftet und zu einer Geldstrafe verurteilt.</p>	<p>Angeregt durch diese Verhaftung, organisiert der damals noch recht unbekannt Baptistenprediger Martin Luther King den Montgomery-Bus-Boycott. Wirtschaftliche Verluste und öffentlicher Druck zwingen die Behörden, die Rassentrennung in Bussen und Bahnen in der gesamten USA aufzuheben.</p>	<p>1965 starten 600 Menschen in Selma (Alabama) einen Marsch in die Hauptstadt Montgomery, um für Afroamerikaner:innen die Registrierung als Wähler*innen zu fordern. Die Polizei greift die Teilnehmenden an und verletzt Dutzende. Auch der zweite Marsch scheitert. Beim dritten Marsch spricht M.L. King in Montgomery vor 25.000 Menschen. Fünf Monate später unterschreibt Präsident Johnson den Voting Rights Act, der die Registrierungsprobleme beseitigt.</p>	<p>Im Januar 2009 wird Barack Obama als erster afroamerikanischer Präsident der USA vereidigt. Trotzdem beklagen sich noch viele Afroamerikaner:innen, dass am Arbeitsplatz, von der Polizei oder sogar vor Gericht ungerecht behandelt werden.</p>

M 3: Konfliktbeispiele (Auflösung)

Eine Mauer wird gebaut – Israel/Palästina 2002

Ausgangslage	Ziviler Ungehorsam	Internationale Aufmerksamkeit	Gerichtsurteile	aktuelle Lage
<p>Das palästinensische Dorf Bil'in hat 1.800 Einwohner und liegt 12 km westlich von Ramallah im Westjordanland/Palästina. Im Jahr 2002 beginnt Israel mit dem Bau einer Mauer rund um das Westjordanland. Bil'in liegt 4 km von der eigentlichen Grenze zwischen Israel und der Westbank, dennoch wurde auf dem Gebiet Teile dieser Mauer und eine israelische Siedlung gebaut. Im Januar 2005 beginnen die Dorfbewohner:innen mit einer wöchentlichen Mahnwache aus Protest gegen die Mauer und die Siedlung. Das Militär hat den Auftrag, die Mauer zu bewachen und ist vor Ort.</p>	<p>Organisierte Protestmärsche der Bewohner:innen von Bil'in zur Mauer, um Bau zu unterbrechen bzw. gebaute Teile der Mauer abzubauen. Das Militär versucht Demonstrant:innen abzuhalten und die Demonstration aufzulösen. Menschen stellen sich ihnen vor allem gewaltfrei entgegen.</p>	<p>Protestaktionen ziehen zunächst nationale, dann internationale Aufmerksamkeit auf sich, auch durch die Unterstützung prominenten Menschen (u.a. Ex-Präsident der USA Jimmy Carter). Viele zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit erklären und üben direkte Solidarität mit den Menschen von Bil'in. Zwischen 2005 und 2011 entsteht ein international ausgezeichneter Dokumentarfilm „5 Broken Cameras“ (veröffentlicht 2012).</p>	<p>2004: Der Internationale Strafgerichtshof erklärt, dass die Mauer gegen internationales Recht verstößt.</p> <p>2007: Das höchste Gericht Israels entscheidet, dass der Verlauf der Mauer zugunsten Bil'ins geändert werden muss.</p>	<p>Gewaltfreier Widerstand gegen Vereinnahmung des Landes hält weiter an. Israelische Regierung ist weiter angewiesen, den Streckenverlauf der Mauer zu ändern – bisher ohne Umsetzung...</p>

M 3: Konfliktbeispiele (Auflösung)

Ein festgefahrener Bürgerkrieg – Liberia 2003

Ausgangslage	Massenproteste	Verhandlungen	Ende des Krieges	Aufarbeitung und Folgen
<p>In 15 Jahren Bürgerkrieg in Liberia (mit Unterbrechungen), der eng in Verbindung mit dem Bürgerkrieg im benachbarten Sierra Leone steht, werden von verschiedenen Kriegsparteien schwerste Kriegsverbrechen begangen. Warlords finanzieren den Krieg auch durch den Abbau und Handel mit „Blutdiamanten“.</p>	<p>Eine Bewegung von christlichen und muslimischen Frauen protestiert mit Märschen, Sitzstreiks und anderen, meist schweigenden Aktionen und in weißen T-Shirts gegen die Kriegsgewalt, insbesondere gegen die Zivilbevölkerung. Die Proteste finden immer mehr Anhänger:innen. Der Protest gegen den jahrzehntelangen Bürgerkrieg wird zur Massenbewegung, u.a. durch tägliches Singen auf dem Fischmarkt.</p>	<p>Die Frauenbewegung unter der Führung von Leymah Gbowee und Ellen Sirleaf Johnson bringen Präsident Charles Taylor und andere Warlords an den Verhandlungstisch.</p>	<p>Aktivist:innen umzingeln 2003 das Haus der verhandelnden Männer in Accra, Ghana und drohen, sie erst wieder herauszulassen, wenn sie ein Friedensabkommen vereinbart haben – das faktische Ende des Krieges. Präsident Taylor tritt zurück und geht ins Exil nach Nigeria. Eine Übergangsregierung aus verschiedenen Gruppierungen wird gebildet und eine UN-Friedensmission nach Liberia entsandt.</p>	<p>2005 nimmt die liberianische Wahrheits- und Versöhnungskommission ihre Arbeit auf. 2006 mobilisiert die christliche-muslimische Frauenbewegung gegen den Bürgerkrieg erfolgreich für die Wahl von Ellen Sirleaf Johnson zur Präsidentin Liberias. Sie ist die erste Frau im Amt eines Präsidenten auf dem afrikanischen Kontinent. 2011 bekommen Leymah Gbowee und Ellen Sirleaf Johnson den Friedensnobelpreis für ihr Engagement zur Beendigung des Bürgerkriegs.</p>

M 3: Konfliktbeispiele (Auflösung)

Dorfbewohner:innen wollen ihren Wald vor Rodung und Kohleabbau schützen – Hambacher Forst 2012-2023

Ausgangslage	Besetzungen	Vielfältige Aktionsformen	Räumung und Teilerfolg	Veränderte Politik?
<p>Der Bürgerwald in Nordrhein-Westfalen gehört zu den letzten großen Mischwäldern in Europa. Er ist ein einzigartiges Ökosystem, das am Ende der letzten Eiszeit entstand. Seit dem 18. Jahrhundert befindet er sich im Besitz der umliegenden Gemeinden.</p> <p>1978 kauft der Energiekonzern RWE den Gemeinden diesen Wald ab. Jetzt heißt der Wald Hambacher Forst und RWE beginnt mit Rodungen, um Braunkohle abzubauen.</p> <p>35 Jahre später ist vom Wald nur noch ein Zehntel übrig. Auch viele Dörfer wurden zerstört und die Menschen umgesiedelt. Braunkohle enthält ca. 55% Wasser und muss erst getrocknet werden, damit sie für die Stromerzeugung genutzt werden kann. Deshalb trägt sie besonders stark zum Klimawandel bei.</p>	<p>2012 werden im Hambacher Forst erstmals zwei Bäume besetzt. Diese Waldbesetzungen werden immer wieder geräumt. Doch gleich darauf gibt es neue Besetzungen, aus denen „Baumhausdörfer“ entstehen. Die Baumhäuser sind winterfest angelegt und durch Stege miteinander verbunden. Die Baumhäuser sind einerseits ein Symbol für die Verbundenheit mit dem Wald, andererseits ist für die Räumung in 2,50 m Höhe eine spezielle Ausrüstung notwendig. Sie werden so zu einer besonderen Form des Widerstands.</p>	<p>Die Waldbesetzungen werden durch Wiesenbesetzungen, symbolische Ankettungen an Bäume, Menschenketten und andere Aktionen ergänzt. Aufgrund der rechtlichen Lage ist die Räumung der Wiese schwieriger als die der Waldbesetzungen.</p> <p>Herbst 2018: Demonstrationen und Gleisblockaden für den Erhalt des Hambacher Forsts und einen Ausstieg aus dem Kohleabbau, u.a. um die Klimaziele des Pariser Abkommens von 2015 einzuhalten.</p>	<p>2023 werden unter massiven Polizeieinsatz und hohen Kosten der Wald geräumt und die Baumhäuser abmontiert. Dabei kommt ein junger Journalist durch einen Sturz aus 15 m um Leben. Kurz vor Ende der Räumung wird sie durch Gerichtsbeschluss verboten.</p>	<p>2020 beschließt die Bundesregierung beschließt den Kohleausstieg für spätestens 2038. Dafür soll beispielsweise nur wenige Kilometer vom Hambacher Forst entfernt das nur aus wenigen Gehöften bestehende Dorf Lützerath abgerissen werden.</p> <p>2022 wird der der Klima-Aktivist Marten Reiß aus Lützerath Wettkönig bei „Wetten Dass?“ Er spendet den Gewinn für weitere Aktionen, um das Dorf Lützerath vor der Zerstörung zu retten.</p>

M 3: Konfliktbeispiele (Auflösung)

Die Stadt Slawutytsch wird vom russischen Militär erobert – Ukraine 2022

Ausgangslage	Protest	Einschüchterungsversuch	Verhandlungen	Demilitarisierte Zone
<p>Slawutytsch ist eine Stadt im Norden der Ukraine nahe Belarus. Sie liegt am Rande der Sperrzone, um das Atomkraftwerk Tschernobyl, wo sich 1986 die schlimmste Reaktorkatastrophe der Welt ereignet hat.</p> <p>Slawutytsch wurde 1986 als Ersatz für eine Stadt gebaut, die aufgrund der radioaktiven Verstrahlung unbewohnbar wurde. Viele der heutigen Bewohner:innen sind Opfer der Reaktorkatastrophe oder Arbeiter:innen und Wissenschaftler:innen, die regelmäßig zur Überwachung in den ehemaligen Reaktor pendeln.</p> <p>Am 26.03.2022 wird Slawutytsch im Zuge des russischen Überfalls auf die Ukraine besetzt. Der Bürgermeister wird von den russischen Streitkräften festgenommen.</p>	<p>Bürger:innen der Stadt protestieren auf dem zentralen Platz gegen die Inhaftierung ihres Bürgermeisters.</p>	<p>Die russischen Truppen versuchen mit Blendgranaten und Feuer von oben die Demonstrant:innen vom Platz zu vertreiben. Der Protest ist jedoch so massenhaft, dass es Ihnen nicht gelingt.</p>	<p>Bürgermeister Juri Fomichew wird frei gelassen. Er verhandelt mit den russischen Truppen. Es kommt zu der Vereinbarung, dass die Russen die Stadt verlassen, „wenn es kein (ukrainisches) Militär in der Stadt gibt.“</p>	<p>Alle Bürger:innen, die Waffen besitzen, übergeben sie dem Bürgermeister (außer Jagdgewehre). Die Russen durchsuchen die Stadt nach ukrainischen Soldaten und Waffen. Danach ziehen sie ab und die Stadt bleibt demilitarisierte Zone. Ein russischer Kontrollpunkt außerhalb der Stadt bleibt bestehen.</p>

Zusatzmaterial: „Keine Gewalt!“ – DDR 1989

„Keine Gewalt!“ Das war der Schlüsselbegriff des Aufstands, der im Herbst 1989 die Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR beendete und zum Fall der Berliner Mauer führte.

Kurz zuvor hatte die DDR noch ihren 40. Geburtstag gefeiert. 40 Jahre, in denen die Bürger:innen nur in bestimmte Länder reisen durften; in denen Kritik an der Regierung zu beruflichen Einschränkungen oder sogar Gefängnishaft führen konnte; in denen Selbstschussanlagen den illegalen Grenzübertritt nach Westdeutschland verhinderten oder zum Tod führten; in denen ein Aufstand der Bevölkerung durch russische Panzer niedergeschlagen wurde.

Die Repressionsmaschine funktionierte. Bis zum Herbst 1989. „Wir hatten alles geplant. Wir waren auf alles vorbereitet. Nur nicht auf Kerzen und Gebete,“¹ resümiert Horst Sindermann, Mitglied des Zentralkomitees der SED, vor seinem Tod die Ereignisse rund um die Leipziger Nikolaikirche.

Seit den 1980er Jahren bildeten sich oppositionelle Gruppen unter dem Dach v.a. der evangelischen Kirche, die einen Freiraum der Meinungsäußerung und Kritik am Staatssystem bot. Diese Gruppen engagierten sich für Frieden, Umweltschutz und Menschenrechte und wurden dadurch zu einer regimekritischen Öffentlichkeit. Als ein Schwerpunkt entwickelte sich die Nikolaikirche in der Industrie- und Messestadt Leipzig, in der angesichts internationaler Besucher:innen im Frühjahr und Herbst eine vom Staat unabhängige Berichtserstattung möglich war. Neben diesen kritischen Gruppen entwickelte sich auch eine immer



¹ <https://www.ekd.de/23412.htm>

Bilder: Leipzig, Nikolaikirche, Dr. Monika Bossung-Winkler

größere Gruppe von Ausreisewilligen, vor allem nachdem Ungarn 1989 die Grenze nach Österreich geöffnet hatte.

1989 wurden die Proteste der Basisgruppen immer öffentlicher und die Forderungen nach einer Möglichkeit der Übersiedelung nach Westdeutschland immer lauter. Jeden Montag versammeln sich immer mehr Menschen zum Friedensgebet in der Nikolaikirche. Der Staat reagierte darauf mit Gewalt, Verhaftungen, aber auch einzelnen Ausreisegenehmigungen.

Am Montag, den 9. Oktober 1989 stehen mehr als 3000 bewaffnete Kräfte bereit, um Proteste im Keim zu ersticken. Zum Friedensgebet ist die Nikolaikirche überfüllt, u.a. mit 700 SED-Mitgliedern, welche Proteste verhindern sollen. Am Nachmittag veröffentlicht Kurt Masur, der Dirigent der Kapelle des Leipziger Gewandhauses zusammen mit anderen Künstlern und drei Sekretärin der SED-Bezirksleitung einen Aufruf zu Besonnenheit, Gewaltlosigkeit und Dialog.

Am diesem Tag finden nicht nur in der Nikolaikirche Friedensgebete statt, sondern auch die anderen Kirchen der Leipziger Innenstadt sind überfüllt. Nach den Friedensgebeten ziehen 70 000 Menschen in der bislang größten Demonstration um den Leipziger Ring. Das Motto ist „Keine Gewalt!“ Gegen 70.000 Menschen mit Kerzen in den Händen ist das bewaffnete Aufgebot machtlos, soll es kein sinnloses Blutvergießen geben.



In den folgenden Tagen entwickeln sich Proteste in weiteren Städten der DDR. Die Regierung ist zum Dialog mit der Bürger:innenbewegung gezwungen. Erich Honecker wird zum Rücktritt als Vorsitzender der SED und des Staatsrats gedrängt. Am 9. November wird in Berlin die Grenze geöffnet ...

Aufgabe:

Erarbeite aus dem Text die Faktoren, welche die „friedliche Revolution“ in der DDR ermöglichten!

M 4: Szenarien: Unsere Welt bis 2040

Vorbereitung: Bitte die Vorlagen der Szenarien in ausreichender Anzahl ausdrucken. Seite 1 und 2 aneinanderkleben, sodass eine Abfolge von 10 Entwicklungsstadien vorliegt.

Ebenso die Bausteine der Szenarien ausdrucken, ausschneiden und in Umschläge verpacken. Bei den Vorlagen der Szenarien ist eine Leistungsdifferenzierung (mit oder ohne Endzustand) möglich. Im letzten Fall beschreiben die Schüler:innen selbst, wie dieser Endzustand nach Durchführung der verschiedenen Maßnahmen aussehen würde.

Die Schüler:innen werden in Gruppen aufgeteilt (à 3-4 Personen). Jede Gruppe enthält eine Vorlage, um die Bausteine der Szenarien aufzukleben und einen Umschlag mit den Bausteinen. Dabei sind alle drei Szenarien gemischt.

Die Gruppen sollten zunächst sortieren, welche Bausteine zu welchem Szenario (Positiv, Trend oder Negativ) gehört und danach die Bausteine in eine logische Abfolge von Maßnahmen bzw. Ereignissen einordnen und aufkleben.

Die einzelnen Lösungsszenarien werden an die Tafel, Wand gehängt und in einem Gallerywalk betrachtet. Danach stellt die Lehrkraft die Szenarien, wie sie in dem Konzept „Sicherheit neu denken“ prognostiziert wurden, vor.

Szenarien: Unsere Welt bis 2040 (Ziel vorgegeben)

<p>Das Auswärtige Amt richtet ein Programm Zivile Konfliktbearbeitung ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit entsendet weltweit unbewaffnete Friedensfachkräfte.</p>				
<p>Deutschland investiert jährlich 42 Mrd. Euro in Militärausgaben. Die Bundesregierung beschließt Klimaschutzmaßnahmen, mit denen nach Expertenmeinung die Klimaziele nicht erreicht werden.</p>				
<p>US-Präsident Trump fordert Verdoppelung der Militärausgaben Deutschlands. Die Verteidigungsministerin stimmt einer schrittweisen Erhöhung der Militärausgaben innerhalb der NATO zu.</p>				

Szenarien: Unsere Welt bis 2040 (Ziel vorgegeben)

				<p>Deutschland erfüllt die 2015 beschlossenen Klimaziele. Deutschland nimmt nur noch ökologische Ressourcen entsprechend seines Bevölkerungsanteils in Anspruch.</p>
				<p>Nach Dürre in Nordafrika kommen neue Gruppen von Flüchtlingen nach Europa. Aufgrund des Klimawandels sind 28 Staaten teilweise oder ganz unbewohnbar geworden (Dürre oder Überflutung).</p>

Szenarien: Unsere Welt bis 2040 (ohne Zielvorgabe) – Seite 1

<p>Das Auswärtige Amt richtet ein Programm Zivile Konfliktbearbeitung ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit entsendet weltweit unbewaffnete Friedensfachkräfte.</p>				
<p>Deutschland investiert jährlich 42 Mrd. Euro in Militärausgaben. Die Bundesregierung beschließt Klimaschutzmaßnahmen, mit denen nach Expertenmeinung die Klimaziele nicht erreicht werden.</p>				

Szenarien: Unsere Welt bis 2040 (ohne Zielvorgabe) – Seite 2 (bitte an Seite 1 ankleben)

Bausteine der Szenarien, Seite 1 (zum Ausschneiden durch die Lehrkraft – SuS ordnen und kleben in Szenarien)

<p>Nicht-Regierungsorganisationen starten Kampagne für zivile Sicherheitspolitik. Papst Franziskus veröffentlicht die Enzyklika „Fructus Justitiae Pax“ (Klimaschutz, weltweite Gerechtigkeit und Frieden).</p>	<p>Der Bundestag beschließt den Umstieg auf zivile Sicherheitspolitik. Geld aus Militäretat unterstützt das UN-Welthungerprogramm und Klimaschutzmaßnahmen in besonders gefährdeten Staaten.</p>	<p>Erste Bundeswehr-Ausrüstungen werden an Internationales Technisches Hilfswerk übergeben. Auf Terroranschläge wird mit dem Ausbau sozialer Integrationsprogramme reagiert.</p>	<p>Rüstungsexporte werden verboten. Firmen stellen auf zivile Produktion von Ausrüstung für das Internationale Technische Hilfswerk um. Gewaltfreie Konfliktlösung wird verpflichtender Lehrinhalt an allen Schulen.</p>
<p>Der faire Handel wächst stetig an, bleibt jedoch in einer Parallelwirtschaft. Papst Franziskus veröffentlicht die Enzyklika „Fructus Justitiae Pax“, die jedoch politisch nicht beachtet wird.</p>	<p>Aufgrund von Ernteaussfällen wegen des Klimawandels steigt die Zahl der weltweit Hungernden erstmals seit 2015 wieder an. Die Krisen und Kriege in Syrien und Irak bleiben ungelöst. Neue Flüchtlinge machen sich auf den Weg nach Europa.</p>	<p>Der Bundeswehretat wird auf 50 Mrd. Euro aufgestockt. Nach Terroranschlägen wird die Polizei militärähnlich ausgerüstet.</p>	<p>Deutschland kann seine Einnahmen durch Rüstungsexporte erneut steigern. Die NATO beschließt eine Erhöhung der Rüstungsausgaben. Russland befürchtet eine Ost-Erweiterung der NATO.</p>
<p>Der Deutsche Bundestag beschließt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht. Im Vatikan kommt es zu einer Revolte. Papst Franziskus wird abgesetzt und seine Enzykliken als ungültig erklärt.</p>	<p>Syrien greift den Irak an. Aus Angst vor neuen Flüchtlingen aus Syrien und Irak wird das Schengen-Abkommen ausgesetzt und die Reisefreiheit in der EU aufgehoben.</p>	<p>Die Deutschen Rüstungsausgaben betragen 60 Mrd. Euro. Nach Terroranschlägen werden öffentliche Plätze video-überwacht. Die Bundeswehr darf die Polizei bei Einsätzen unterstützen.</p>	<p>Die Türkei und Saudi Arabien greifen in den Krieg zwischen Syrien und dem Irak mit Waffen aus deutscher Produktion ein. Der Konflikt zwischen der NATO und Russland verschärft sich. Man spricht von einem neuen „Kalten Krieg“.</p>

Bausteine der Szenarien, Seite 2 (zum Ausschneiden durch die Lehrkraft – SuS ordnen und kleben in Szenarien)

<p>Die EU und Russland vereinbaren ein Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen. Deutschland hat eine ausgeglichene Handelsbilanz und der Import von Produkten des fairen Handels steigt stetig.</p>	<p>Die EU investiert in Nordafrika in den Ausbau einer Infrastruktur zur Erzeugung, Nutzung und zum Export erneuerbarer Energien. In Afrika wird die Schaffung eines Mittelstands in Landwirtschaft und Handwerk unterstützt.</p>	<p>Die Bundeswehr wurde vollständig in Einheiten von Friedensfachkräften für ziviles Konfliktmanagement und Notfallhilfe umgestaltet. Die Bevölkerung wird in „resilienter Demokratie“ (gewaltfreie Verteidigung der Grundrechte) ausgebildet.</p>	<p>Deutschland beteiligt sich an UN-Friedensmissionen mit 100.000 Friedensfachkräften. Die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) gründet eine gesamteuropäische Polizei.</p>
<p>Saudi Arabien greift den Iran an. Dabei kommen auch Waffen aus deutscher Produktion zum Einsatz. Der Bundestag beschließt eine Erhöhung des Wehretats.</p>	<p>Der weltweite Temperaturanstieg nähert sich der kritischen 2-Grad-Marke. In Afrika brechen erste Staaten wirtschaftlich zusammen. Es kommt zu politischen Unruhen und neuen Flüchtlingsgruppen.</p>	<p>Deutschland bekommt von der NATO die „nukleare Teilhabe“ bewilligt. Erstmals sind Atomwaffen unter deutschem Befehl. Die Bundeswehr wird „bei Gefahren“ auch im Innern bewaffnet einsetzbar.</p>	<p>Der Terrorgefahr erhöht sich weiter. Polizei und Militär sind dauerhaft auf öffentlichen Plätzen präsent. Deutschland beteiligt sich mit bewaffneten Drohnen an Militäreinsätzen der NATO.</p>
<p>In vielen EU-Ländern regieren rechtskonservative Regierungen mit Notstandsgesetzen und dem Ausnahmezustand. Der weltweite Temperaturanstieg beträgt mehr als 2 Grad. 12 Staaten sind schon ganz oder teilweise überflutet.</p>	<p>3 Mio. Menschen verhungern jährlich. Nach einem Anstieg der Klimaflüchtlinge stoppen Militäreinheiten Rettungsaktionen im Mittelmeer → 2 Mio. Menschen ertrinken jährlich.</p>	<p>Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden ausgeweitet. In Deutschland und andern EU-Ländern gründen sich immer mehr bewaffnete „Bürgerwehren“.</p>	<p>Der Bundeswehretat wird auf 90 Mrd. Euro aufgestockt, die Zuschüsse zu UN-Hilfsprogrammen entsprechend gekürzt. NATO und Russland drohen sich gegenseitig mit dem Ersteinsatz von Kernwaffen</p>

Lösung: Szenarien „Unsere Zukunft bis 2040“ – Seite 1

<p>„Nachhaltige zivile Sicherheit“</p>	<p>Das Auswärtige Amt richtet ein Programm Zivile Konfliktbearbeitung ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit entsendet weltweit unbewaffnete Friedensfachkräfte</p>	<p>Nicht-Regierungsorganisationen starten eine Kampagne für zivile Sicherheitspolitik. Papst Franziskus veröffentlicht die Enzyklika „Fructus Justitiae Pax“ (Klimaschutz, weltweite Gerechtigkeit und Frieden).</p>	<p>Der Bundestag beschließt den Umstieg auf zivile Sicherheitspolitik. Geld aus Militäretat unterstützt das UN-Welthungerprogramm und Klimaschutzmaßnahmen in besonders gefährdeten Staaten.</p>	<p>Erste Bundeswehr-Ausrüstungen werden an Internationales Technisches Hilfswerk übergeben. Auf Terroranschläge wird mit dem Ausbau sozialer Integrationsprogramme reagiert.</p>	<p>Rüstungsexporte werden verboten. Firmen stellen auf zivile Produktion von Ausrüstung für das Internationale Technische Hilfswerk um. Gewaltfreie Konfliktlösung wird verpflichtender Lehrinhalt an allen Schulen.</p>
<p>„Schleichende Militarisierung“</p>	<p>Deutschland investiert jährlich 42 Mrd. Euro in Militärausgaben. Die Bundesregierung beschließt Klimaschutzmaßnahmen, mit denen nach Expertenmeinung die Klimaziele nicht erreicht werden.</p>	<p>Der faire Handel wächst stetig an, bleibt jedoch in einer Parallelwirtschaft. Papst Franziskus veröffentlicht die Enzyklika „Fructus Justitiae Pax“, die jedoch politisch nicht beachtet wird.</p>	<p>Aufgrund von Ernteaussfällen wegen des Klimawandels steigt die Zahl der weltweit Hungernden erstmals seit 2015 wieder an. Die Krisen und Kriege in Syrien und Irak bleiben ungelöst. Neue Flüchtlinge machen sich auf den Weg nach Europa.</p>	<p>Der Bundeswehretat wird auf 50 Mrd. Euro aufgestockt. Nach Terroranschlägen wird die Polizei militärähnlich ausgerüstet.</p>	<p>Deutschland kann seine Einnahmen durch Rüstungsexporte erneut steigern. Die NATO beschließt eine Erhöhung der Rüstungsausgaben. Russland befürchtet eine Ost-Erweiterung der NATO.</p>
<p>„Nahe am Abgrund“</p>	<p>US-Präsident Trump fordert die Verdoppelung der Militärausgaben Deutschlands. Die Verteidigungsministerin stimmt einer schrittweisen Erhöhung der Militärausgaben innerhalb der NATO zu.</p>	<p>Der Deutsche Bundestag beschließt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht. Im Vatikan kommt es zu einer Revolte. Papst Franziskus wird abgesetzt und seine Enzykliken als ungültig erklärt.</p>	<p>Syrien greift den Irak an. Aus Angst vor neuen Flüchtlingen aus Syrien und Irak wird das Schengen-Abkommen ausgesetzt und die Reisefreiheit in der EU aufgehoben.</p>	<p>Die Deutschen Rüstungsausgaben betragen 60 Mrd. Euro. Nach Terroranschlägen werden öffentliche Plätze video-überwacht. Die Bundeswehr darf die Polizei bei Einsätzen unterstützen.</p>	<p>Die Türkei und Saudi Arabien greifen in den Krieg zwischen Syrien und dem Irak mit Waffen aus deutscher Produktion ein. Der Konflikt zwischen der NATO und Russland verschärft sich. Man spricht von einem neuen „Kalten Krieg“.</p>

Lösung: Szenarien „Unsere Zukunft bis 2040“ – Seite 2

Die EU und Russland vereinbaren ein Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen. Deutschland hat eine ausgeglichene Handelsbilanz und der Import von Produkten des fairen Handels steigt stetig.	Die EU investiert in Nordafrika in den Ausbau einer Infrastruktur zur Erzeugung, Nutzung und zum Export erneuerbarer Energien. In Afrika wird die Schaffung eines Mittelstands in Landwirtschaft und Handwerk unterstützt.	Die Bundeswehr wurde vollständig in Einheiten von Friedensfachkräften für ziviles Konfliktmanagement und Notfallhilfe umgestaltet. Die Bevölkerung wird in „resilienter Demokratie“ (gewaltfreie Verteidigung der Grundrechte) ausgebildet.	Deutschland beteiligt sich an UN-Friedensmissionen mit 100.000 Friedensfachkräften. Die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) gründet eine gesamteuropäische Polizei.	Deutschland erfüllt die 2015 beschlossenen Klimaziele. Deutschland nimmt nur noch ökologische Ressourcen entsprechend seines Bevölkerungsanteils in Anspruch.
Saudi Arabien greift den Iran an. Dabei kommen auch Waffen aus deutscher Produktion zum Einsatz. Der Bundestag beschließt eine Erhöhung des Wehretats.	Der weltweite Temperaturanstieg nähert sich der kritischen 2-Grad-Marke. In Afrika brechen erste Staaten wirtschaftlich zusammen. Es kommt zu politischen Unruhen und neuen Flüchtlingsgruppen.	Deutschland bekommt von der NATO die „nukleare Teilhabe“ bewilligt. Erstmals sind Atomwaffen unter deutschem Befehl. Die Bundeswehr wird „bei Gefahren“ auch im Innern bewaffnet einsetzbar.	Der Terrorgefahr erhöht sich weiter. Polizei und Militär sind dauerhaft auf öffentlichen Plätzen präsent. Deutschland beteiligt sich mit bewaffneten Drohnen an Militäreinsätzen der NATO.	Nach Dürre in Nordafrika kommen neue Gruppen von Flüchtlingen nach Europa. Aufgrund des Klimawandels sind 28 Staaten teilweise oder ganz unbewohnbar geworden (Dürre oder Überflutung).
In vielen EU-Ländern regieren rechts-konservative Regierungen mit Notstandsgesetzen und dem Ausnahmezustand. Der weltweite Temperaturanstieg beträgt mehr als 2 Grad. 12 Staaten sind schon ganz oder teilweise überflutet.	3 Mio. Menschen verhungern jährlich. Nach einem Anstieg der Klimaflüchtlinge stoppen Militäreinheiten Rettungsaktionen im Mittelmeer → 2 Mio. Menschen ertrinken jährlich.	Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden ausgeweitet. In Deutschland und andern EU-Ländern gründen sich immer mehr bewaffnete „Bürgerwehren“.	Der Bundeswehretat wird auf 90 Mrd. Euro aufgestockt, die Zuschüsse zu UN-Hilfsprogrammen entsprechend gekürzt. NATO und Russland drohen sich gegenseitig mit dem Ersteinsatz von Kernwaffen	Es kommt zu einer Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit. 7 Mio. Menschen verhungern jährlich. 28 Staaten sind unbewohnbar geworden, in vielen anderen herrscht Dürre. 32 Mio. Menschen suchen Zuflucht in der EU.

Zusatzmaterial: Zivile Friedensentwicklung in einer Konfliktregion

Die brutalen Anschläge der palästinensischen Terrororganisation Hamas mit über 1.300 Toten und der darauffolgende Krieg im Gazastreifen mit mittlerweile (Stand Juli 2024) mehr als 39.000 Toten haben den permanenten Konflikt Israel-Palästina wieder ins öffentliche Bewusstsein gebracht. Weniger bekannt sind Projekte, die sich trotzdem weiter um eine zivile Friedensentwicklung bemühen. Hier zwei Beispiele:

Das „Rossing Center for Education and Dialogue“ – ein Projektpartner von



Palästinenser*innen leben nicht nur im Gazastreifen und der Westbank, sondern auch auf dem Gebiet des Staates Israel. Laut offiziellen Angaben waren Ende 2021 rund 21% der Bevölkerung in Israel palästinensischer Herkunft. Die meisten Israelis gehören der jüdischen Religion an, während die Palästinenser*innen überwiegend muslimischen (83%) Glaubens und in Teilen christlichen (9%) oder drusischen (8%) Glaubens sind. Zwischen der jüdisch-israelischen Mehrheit und der palästinensischen Minderheit gibt es im Alltag kaum Berührungspunkte. Sie leben größtenteils in verschiedenen Städten, besuchen unterschiedliche Schulen und verbringen ihre Freizeit an getrennten Orten. Die Palästinenser*innen sind in vielerlei Hinsicht benachteiligt, u. a. auch im Bildungssystem. Denn hier werden beispielsweise den Schulen für die palästinensischen SuS seitens des Bildungsministeriums verglichen mit den jüdischen Schulen weniger Mittel zur Verfügung gestellt. Auch was außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche angeht, besteht ein Mangel, der sich nachteilig auf die Entwicklung der israelisch-palästinensischen Bevölkerung auswirkt.

Das „Rossing Center for Education and Dialogue“ arbeitet inmitten dieses Spannungsfelds und schafft Räume für israelische und palästinensische Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch Lehrkräfte, Reiserleiter:innen, Stadtführer:innen sowie Sozialarbeiter:innen, in denen sie als Multiplikator:innen ausgebildet werden.

In Workshops lernen sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Religionen kennen, bauen ihre Ängste und Vorurteile gegenüber des jeweils „anderen“ ab und üben Methoden der Konfliktbearbeitung ein. Sie erweitern ihr Wissen über die verschiedenen religiösen und nationalen Gruppen im Land und können dies im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit weitergeben. Ziel der Organisation ist es, einen Beitrag zu leisten, hin zu einem friedlichen und gleichberechtigten Zusammenleben der verschiedenen ethnischen, religiösen und nationalen Bevölkerungsgruppen in Israel.

Das „Arab Educational Institute“ – ein Projektpartner von



Das „Arab Educational Institute“ (AEI) ist eine arabisch-palästinensische Nichtregierungsorganisation, die 1986 von einer Gruppe palästinensischer Pädagog:innen, Christ:innen und Muslim:innen, in Bethlehem gegründet wurde und Mitglied von Pax Christi International ist. Der Schwerpunkt liegt auf der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, mit Frauen und Lehrer:innen. Jährlich veranstaltet das AEI zu Beginn der Sommerferien eine sog. „Summer School“, an der hunderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene teilnehmen. Eine dieser Summer Schools der vergangenen Jahre stand unter dem Motto „Sumud Advocacy“. Sumud steht für Standfestigkeit, Nicht-Aufgeben, auch für Selbstbewusstsein, und bezieht sich in der anhaltenden Besatzungssituation darauf, dass die Palästinenser:innen in ihrem gewaltfreien Einsatz für den Frieden in Israel und Palästina bestärkt werden und sich auch unter höchst widrigen Bedingungen nicht entmutigen lassen.

Im Mittelpunkt der Summer School stand dabei die Stärkung lokaler Gemeinschaften. In den Workshops der an verschiedenen Orten ging es darum, ein Gespür dafür zu entwickeln, wo es in lokalen Gemeinschaften (z.B. Stadtvierteln, Freundeskreisen) „ungenutzte Energien“ gibt, d.h. Menschen zu finden, die erkennen, was getan werden kann und sich für die Gemeinschaft einbringen (z.B. im Bereich Umweltschutz, Müllvermeidung, Pflege von Älteren, Hilfsbedürftigen); das Interesse an lokaler Geschichte und Geschichten (Erlebnisse, Erfahrungen, Schicksale) zu wecken und Menschen zuzuhören und eine Beziehung aufzubauen; die komplizierte politische und gesellschaftliche Situation Palästinas altersgerecht erfassen zu können und Fragen zu stellen; christliche und islamische Quellen zur Bewahrung der Schöpfung zu teilen.

Aufgabe:

Erarbeite, wodurch die beiden Projekte zum Frieden beitragen.









Bildquelle: Privat/ MBW





Bildquelle: Misereor/ Manuela Ott, Bangladesch 2011



Bildquelle:
facebook







Bildquelle: Privat/ MBW







Bildquelle: pixabay

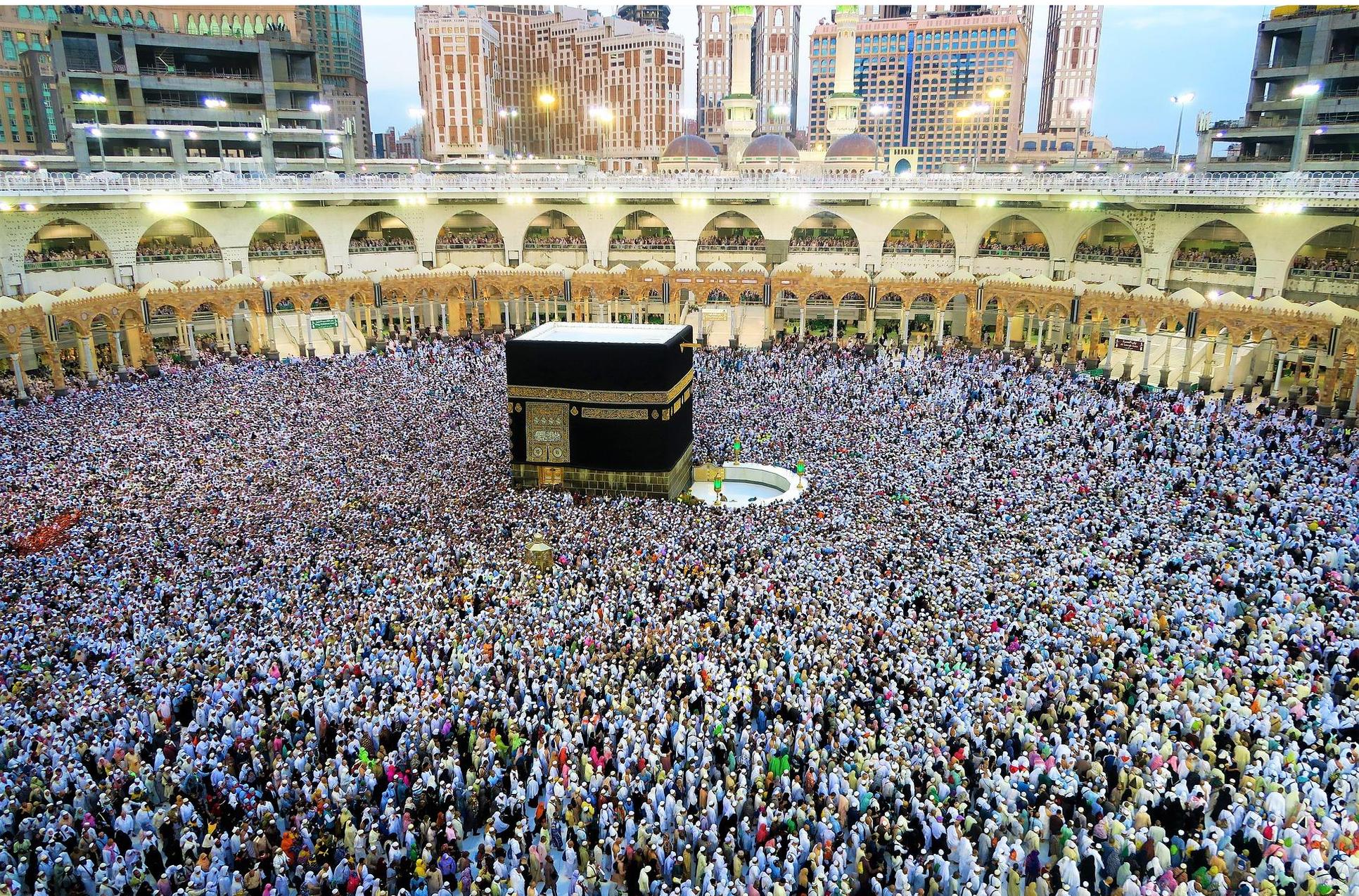




Bildquelle: Misereor / Oupa Nkosi, Südafrika 2015



Bildquelle: pixabay





Bildquelle:
pixabay







Bildquelle: Misereor / Hartmut Schwarzbach, Niger 2012



Bildquelle: RuK/ Wikimedia Commons





Bildquelle: Privat/ MBW



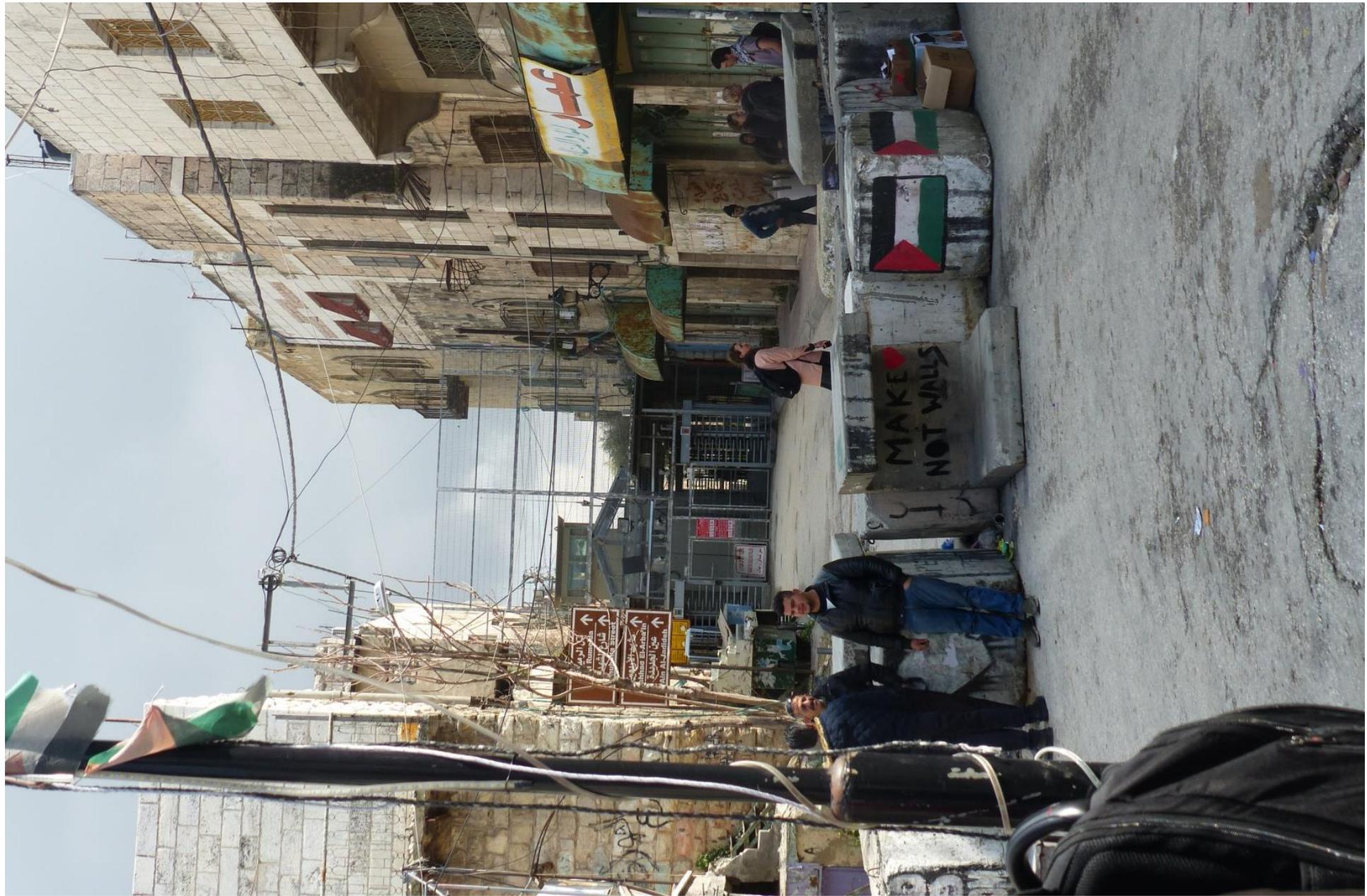
לא תרצח	אנכי יי
לא תנאף	לא יהיה
לא תגנב	לא תשא
לא תענה	זכור את
לא תחמוד	כבד את





Bildquelle: Jerome Blum/ Wikimedia Commons







Bildquelle: Alea Horst

Lehrer:innenmaterial Lösungen als Folien

Konfliktbeispiele

Ein Atomkraftwerk soll gebaut werden – Wyhl 1973-1977

Ausgangslage	Zwischenerfolg	anhaltender Protest	staatliche Reaktionen	endgültiger Erfolg
<p>Juli 1973: offizielle Ankündigung, dass in der Gemeinde Wyhl am Kaiserstuhl ein Atomkraftwerk errichtet werden soll. Bürger:inneninitiativen werden gegründet, Einsprüche und Klagen vorbereitet. Proteste von Atomkraftgegner:innen, darunter auch Bauern und Winzer folgen unmittelbar. Französische und deutsche Atomkraftgegner:innen solidarisieren sich. Januar 1975: Das Wirtschaftsministerium genehmigt den Bau; Februar 1975: Baubeginn, Gegner:innen stellen sich in letzter Sekunde vor die Baumaschinen.</p>	<p>Protestaktionen bringen Baumaschinen zum Stillstand, der Bauplatz wird besetzt. Wenige Tage später räumt die Polizei den Platz mit Hilfe von Hundestaffeln und Wasserwerfern. Das Gelände wird mit Panzerdraht eingezäunt und gesichert.</p>	<p>Täglich protestieren tausende am Stacheldraht. Ende Februar überwinden Aktivist:innen im Rahmen einer Großkundgebung mit bloßen Händen die Barrikaden. Die Polizei verlässt das Gelände, der Bauplatz wird besetzt, ein Freundschaftshaus errichtet und die „Volkshochschule Wyhler Wald“ gegründet.</p>	<p>Schadensersatzforderungen, Berufsbehinderungen, Stromabschaltungen, Telefonüberwachungen, Anzeigenkampagnen – Aktivist:innen und sympathisierende Bevölkerung sollen damit eingeschüchtert werden. Im Sommer 1975 gibt es erste Kontakte zwischen Landesregierung und Atomkraftgegner:innen. Im November verlassen die Bürgerinitiativen den Platz, der weiterhin von ihnen, der Landesregierung und dem Bauherrn bewacht wird.</p>	<p>Im April 1977 entscheidet das Freiburger Gericht, dass der Kraftwerksbau wegen eines fehlenden Berstschutzes unzulässig ist. Weitere politische und gerichtliche Verhandlungen folgen. Das Atomkraftwerk in Wyhl wird nie gebaut. Die Proteste in Wyhl werden bis heute als Ursprung der deutschen Anti-Atomkraftbewegung gesehen.</p>

Ein Grenzkonflikt in Südamerika – Peru/Ecuador 1995-1998

Ausgangslage	Veränderung der Rahmenbedingungen	Politischer Druck und Konfliktanalyse	Konfliktbearbeitung	Nachhaltige Konflikttransformation
<p>Seit der Unabhängigkeit von Spanien kommt es zwischen Ecuador und Peru immer wieder zu Grenzkonflikten im relativ unzugänglichen, aber wirtschaftlich interessanten Amazonasgebiet. Zur Grenzziehung werden Flüsse herangezogen, die jedoch ihren Lauf immer wieder ändern. 1995 stehen in Peru Präsidentschaftswahlen an, bei denen sich der Präsident Alberto Fujimori erneut wählen lassen will. In Ecuador ist der Präsident Sixto Durán Ballén aufgrund der schlechten Wirtschaftslage unbeliebt. Ende Januar beginnen beide Länder mit der Mobilisierung ihrer Truppen. Am 26. Januar verhindern ecuadorianische Truppen die Errichtung eines neuen Hubschrauberlandesplatzes durch Peru in dem umstrittenen Gebiet. Eine Großoffensive Perus wird zunächst von der ecuadorianischen Luftwaffe zurück geschlagen, aber am 13. Februar kann Peru die ecuadorianische Stadt Tiwinza einnehmen. Der Friedensvertrag vom 28. Februar beendet jedoch nicht den Konflikt, weil beide Seiten sich zum Sieger erklären.</p>	<p>Nach Ende des Kalten Krieges und mit Beginn der Globalisierung steigt das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit. Die regionale Integration wird gefördert, z.B. auch durch gemeinsame Wirtschaftszonen (Vorbild EU).</p>	<p>Brasilien bietet sich als Vermittler an, da es an einer regionalen Zusammenarbeit in Südamerika interessiert ist. Es stellt sich heraus, dass die umkämpfte Region in beiden Ländern wirtschaftlich am schwächsten entwickelt ist. Gleichzeitig ist sie Heimat indigener Völker und einer großen Artenvielfalt.</p>	<p>Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung wird als informeller Vermittler hinzu gezogen. Er analysiert mit den Beteiligten die Hintergründe des Konflikts und bringt eine neue kreative Idee in die Verhandlungen ein.</p>	<p>Galtung schlägt vor, in dem umstrittenen Gebiet einen binationalen Natur- und Friedenspark einzurichten. Eine Ecuadorianisch-Peruanische Nachbarschaftskommission plant die Naturschutzgebiete und verwaltet sie gemeinsam. 1998 wird in Brasilia ein Friedensvertrag unterzeichnet. Auf ecuadorianischer Seite erhält das indigene Volk der Shuar ein eigenes Territorium.</p>

Rassentrennung trotz Demokratie – USA in den 50er Jahren

Ausgangslage	Ziviler Ungehorsam	Bus-Boycott	Protestmarsch	anhaltende Diskriminierung/ anhaltender Protest
<p>Die Verfassung der USA von 1787 garantiert als erste schriftliche Konstitution die Bürgerrechte – aber nicht für alle. Die afroamerikanische Minderheit ist zwar formal gleich gestellt, wird aber getrennt behandelt. Es gibt für Afroamerikaner:innen eigene Schulen, teilweise eigene öffentliche Toiletten und sie haben oft schlechter bezahlte Jobs. In Bussen gibt es vorne Sitze für Weiße, die oft leer sind und hinten Plätze für Schwarzen, die oft überfüllt sind. In der Mitte gibt es eine Zone, die von Schwarzen besetzt werden dürfen, solange kein Weißer Anspruch darauf erhebt.</p> <p>Am 1. Dezember 1955 sitzt die Afroamerikanerin Rosa Parks auf dem Heimweg von ihrer Arbeit auf solch einem Platz. Plötzlich steigt ein weiterer weißer Fahrgast zu.</p>	<p>Der Fahrgast verlangt, dass die afroamerikanischen Fahrgäste die ganze Reihe räumen. Alle tun es – bis auf Rosa Parks. Der Busfahrer ruft die Polizei. Rosa Parks wird verhaftet und zu einer Geldstrafe verurteilt.</p>	<p>Angeregt durch diese Verhaftung, organisiert der damals noch recht unbekannte Baptistenprediger Martin Luther King den Montgomery-Bus-Boycott. Wirtschaftliche Verluste und öffentlicher Druck zwingen die Behörden, die Rassentrennung in Bussen und Bahnen in der gesamten USA aufzuheben.</p>	<p>1965 starten 600 Menschen in Selma (Alabama) einen Marsch in die Hauptstadt Montgomery, um für Afroamerikaner:innen die Registrierung als Wähler:innen zu fordern. Die Polizei greift die Teilnehmenden an und verletzt Dutzende. Auch der zweite Marsch scheitert. Beim dritten Marsch spricht M.L. King in Montgomery vor 25.000 Menschen. Fünf Monate später unterschreibt Präsident Johnson den Voting Rights Act, der die Registrierungsprobleme beseitigt.</p>	<p>Im Januar 2009 wird Barack Obama als erster afroamerikanischer Präsident der USA vereidigt. Trotzdem beklagen sich noch viele Afroamerikaner:innen, dass am Arbeitsplatz, von der Polizei oder sogar vor Gericht ungerecht behandelt werden.</p>

Eine Mauer wird gebaut – Israel/Palästina 2002

Ausgangslage	Ziviler Ungehorsam	Internationale Aufmerksamkeit	Gerichtsurteile	aktuelle Lage
<p>Das palästinensische Dorf Bil'in hat 1.800 Einwohner und liegt 12 km westlich von Ramallah im Westjordanland/Palästina. Im Jahr 2002 beginnt Israel mit dem Bau einer Mauer rund um das Westjordanland. Bil'in liegt 4 km von der eigentlichen Grenze zwischen Israel und der Westbank, dennoch wurde auf dem Gebiet Teile dieser Mauer und eine israelische Siedlung gebaut. Im Januar 2005 beginnen die Dorfbewohner:innen mit einer wöchentlichen Mahnwache aus Protest gegen die Mauer und die Siedlung. Das Militär hat den Auftrag, die Mauer zu bewachen und ist vor Ort.</p>	<p>Organisierte Protestmärsche der Bewohner:innen von Bil'in zur Mauer, um Bau zu unterbrechen bzw. gebaute Teile der Mauer abzubauen. Das Militär versucht Demonstrant:innen abzuhalten und die Demonstration aufzulösen. Menschen stellen sich ihnen vor allem gewaltfrei entgegen.</p>	<p>Protestaktionen ziehen zunächst nationale, dann internationale Aufmerksamkeit auf sich, auch durch die Unterstützung prominenten Menschen (u.a. Ex-Präsident der USA Jimmy Carter). Viele zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit erklären und üben direkte Solidarität mit den Menschen von Bil'in. Zwischen 2005 und 2011 entsteht ein international ausgezeichneter Dokumentarfilm „5 Broken Cameras“ (veröffentlicht 2012).</p>	<p>2004: Der Internationale Strafgerichtshof erklärt, dass die Mauer gegen internationales Recht verstößt.</p> <p>2007: Das höchste Gericht Israels entscheidet, dass der Verlauf der Mauer zugunsten Bil'ins geändert werden muss.</p>	<p>Gewaltfreier Widerstand gegen Vereinnahmung des Landes hält weiter an. Israelische Regierung ist weiter angewiesen, den Streckenverlauf der Mauer zu ändern – bisher ohne Umsetzung...</p>

Ein festgefahrener Bürgerkrieg – Liberia 2003

Ausgangslage	Massenproteste	Verhandlungen	Ende des Krieges	Aufarbeitung und Folgen
<p>In 15 Jahren Bürgerkrieg in Liberia (mit Unterbrechungen), der eng in Verbindung mit dem Bürgerkrieg im benachbarten Sierra Leone steht, werden von verschiedenen Kriegsparteien schwerste Kriegsverbrechen begangen. Warlords finanzieren den Krieg auch durch den Abbau und Handel mit „Blutdiamanten“.</p>	<p>Eine Bewegung von christlichen und muslimischen Frauen protestiert mit Märschen, Sitzstreiks und anderen, meist schweigenden Aktionen und in weißen T-Shirts gegen die Kriegsgewalt, insbesondere gegen die Zivilbevölkerung. Die Proteste finden immer mehr Anhänger:innen. Der Protest gegen den jahrzehntelangen Bürgerkrieg wird zur Massenbewegung, u.a. durch tägliches Singen auf dem Fischmarkt.</p>	<p>Die Frauenbewegung unter der Führung von Leymah Gbowee und Ellen Sirleaf Johnson bringen Präsident Charles Taylor und andere Warlords an den Verhandlungstisch.</p>	<p>Aktivist:innen umzingeln 2003 das Haus der verhandelnden Männer in Accra, Ghana und drohen, sie erst wieder herauszulassen, wenn sie ein Friedensabkommen vereinbart haben – das faktische Ende des Krieges.</p> <p>Präsident Taylor tritt zurück und geht ins Exil nach Nigeria. Eine Übergangsregierung aus verschiedenen Gruppierungen wird gebildet und eine UN-Friedensmission nach Liberia entsandt.</p>	<p>2005 nimmt die liberianische Wahrheits- und Versöhnungskommission ihre Arbeit auf.</p> <p>2006 mobilisiert die christliche-muslimische Frauenbewegung gegen den Bürgerkrieg erfolgreich für die Wahl von Ellen Sirleaf Johnson zur Präsidentin Liberias. Sie ist die erste Frau im Amt eines Präsidenten auf dem afrikanischen Kontinent.</p> <p>2011 bekommen Leymah Gbowee und Ellen Sirleaf Johnson den Friedensnobelpreis für ihr Engagement zur Beendigung des Bürgerkriegs.</p>

Dörfer wollen ihren Wald vor Rodung und Kohleabbau schützen – Hambacher Forst 2012-2023

Ausgangslage	Besetzungen	Vielfältige Aktionsformen	Räumung und Teilerfolg	Veränderte Politik?
<p>Der Bürgewald in Nordrhein-Westfalen gehört zu den letzten großen Mischwäldern in Europa. Er ist ein einzigartiges Ökosystem, das am Ende der letzten Eiszeit entstand. Seit dem 18. Jahrhundert befindet er sich im Besitz der umliegenden Gemeinden.</p> <p>1978 kauft der Energiekonzern RWE den Gemeinden diesen Wald ab. Jetzt heißt der Wald Hambacher Forst und RWE beginnt mit Rodungen, um Braunkohle abzubauen.</p> <p>35 Jahre später ist vom Wald nur noch ein Zehntel übrig. Auch viele Dörfer wurden zerstört und die Menschen umgesiedelt.</p> <p>Braunkohle enthält ca. 55% Wasser und muss erst getrocknet werden, damit sie für die Stromerzeugung genutzt werden kann. Deshalb trägt sie besonders stark zum Klimawandel bei.</p>	<p>2012 werden im Hambacher Forst erstmals zwei Bäume besetzt. Diese Waldbesetzungen werden immer wieder geräumt. Doch gleich darauf gibt es neue Besetzungen, aus denen „Baumhausdörfer“ entstehen. Die Baumhäuser sind winterfest angelegt und durch Stege miteinander verbunden.</p> <p>Die Baumhäuser sind einerseits ein Symbol für die Verbundenheit mit dem Wald, andererseits ist für die Räumung in 2,50 m Höhe eine spezielle Ausrüstung notwendig. Sie werden so zu einer besonderen Form des Widerstands.</p>	<p>Die Waldbesetzungen werden durch Wiesenbesetzungen, symbolische Ankettungen an Bäume, Menschenketten und andere Aktionen ergänzt. Aufgrund der rechtlichen Lage ist die Räumung der Wiese schwieriger als die der Waldbesetzungen.</p> <p>Herbst 2018: Demonstrationen und Gleisblockaden für den Erhalt des Hambacher Forsts und einen Ausstieg aus dem Kohleabbau, u.a. um die Klimaziele des Pariser Abkommens von 2015 einzuhalten.</p>	<p>2023 werden unter massiven Polizeieinsatz und hohen Kosten der Wald geräumt und die Baumhäuser abmontiert. Dabei kommt ein junger Journalist durch einen Sturz aus 15 m um Leben.</p> <p>Kurz vor Ende der Räumung wird sie durch Gerichtsbeschluss verboten.</p>	<p>2020 beschließt die Bundesregierung beschließt den Kohleausstieg für spätestens 2038.</p> <p>Dafür soll beispielsweise nur wenige Kilometer vom Hambacher Forst entfernt das nur aus wenigen Gehöften bestehende Dorf Lützerath abgerissen werden.</p> <p>2022 wird der der Klima-Aktivist Marten Reiß aus Lützerath Wettkönig bei „Wetten Dass?“ Er spendet den Gewinn für weitere Aktionen, um das Dorf Lützerath vor der Zerstörung zu retten.</p>

Die Stadt Slawutytsch wird von russischem Militär erobert – Ukraine 2022

Ausgangslage	Protest	Einschüchterungs-versuch	Verhandlungen	Demilitarisierte Zone
<p>Slawutytsch ist eine Stadt im Norden der Ukraine nahe Belarus. Sie liegt am Rande der Sperrzone um das Atomkraftwerk Tschernobyl, wo sich 1986 die schlimmste Reaktorkatastrophe der Welt ereignet hat. Slawutytsch wurde 1986 als Ersatz für eine Stadt gebaut, die aufgrund der radioaktiven Verstrahlung unbewohnbar wurde. Viele der heutigen Bewohner:innen sind Opfer der Reaktorkatastrophe oder Arbeiter*innen und Wissenschaftler:innen, die regelmäßig zur Überwachung in den ehemaligen Reaktor pendeln. Am 26.03.2022 wird Slawutytsch im Zuge des russischen Überfalls auf die Ukraine besetzt. Der Bürgermeister wird von den russischen Streitkräften festgenommen.</p>	<p>Bürger:innen der Stadt protestieren auf dem zentralen Platz gegen die Inhaftierung ihres Bürgermeisters.</p>	<p>Die russischen Truppen versuchen mit Blendgranaten und Feuer von oben die Demonstrant:innen vom Platz zu vertreiben. Der Protest ist jedoch so massenhaft, dass es Ihnen nicht gelingt.</p>	<p>Bürgermeister Juri Fomichew wird freigelassen. Er verhandelt mit den russischen Truppen. Es kommt zu der Vereinbarung, dass die Russen die Stadt verlassen, „wenn es kein (ukrainisches) Militär in der Stadt gibt.“</p>	<p>Alle Bürger:innen, die Waffen besitzen, übergeben sie dem Bürgermeister (außer Jagdgewehre). Russische Truppen durchsuchen die Stadt nach ukrainischen Soldaten und Waffen. Danach ziehen sie ab und die Stadt bleibt demilitarisierte Zone. Humanitäre Korridore werden eingerichtet. Ein russischer Kontrollpunkt außerhalb der Stadt bleibt bestehen.</p>

Methoden der Aktiven Gewaltfreiheit

Methoden des Protests und der Überredung

In unseren Beispielen:

- Protestmärsche
- Öffentliches Schweigen
- Symbolische Aktionen (T-Shirts)
- Öffentliches Singen
- Proteste an symbolischen Orten (Bauplatz AKS)

Methoden des Protests und der Überredung

Weitere Beispiele von Methoden:

- Öffentliche Kundgebungen (mit Reden)
- Demonstrationen
- Radio-, Fernsehsendungen
- Social Media
- Plakate, Wandzeitungen
- Straßentheater
- Flashmobs
- Etc.

Methoden der Nicht-Zusammenarbeit

In unseren Beispielen:

- Weigerung, sich an ungerechtes Gesetz zu halten (Weigerung, den Platz im Bus abzugeben)
- (Bus)Boycott

Methoden der Nicht-Zusammenarbeit

Weitere Beispiele von Methoden:

1. Soziale Nicht-Zusammenarbeit: Boykott von sportlichen Ereignissen, Schulstreik, „Zuhause-Bleiben“ u.a.
2. Wirtschaftliche Nicht-Zusammenarbeit: Boykott bestimmter Waren, Konsumstreik (überhaupt nicht einkaufen an bestimmten Tagen), Händlerboykott (keine Warenlieferung), langsam Arbeiten, Fehler machen, Arbeitsniederlegung in bestimmten Betrieben, Generalstreik, u.a.
3. Politische Nicht-Zusammenarbeit: Wahlboykott, Wehrdienstverweigerung, Desertation, internationale Isolation, Bruch der diplomatischen Beziehungen, Ausschluss aus internationalen Organisationen, u.a.

Methoden der Intervention

In unseren Beispielen:

- Verhandlungen (unter Zuziehung neutraler Vermittler)
- Klage vor Gericht/dem Internationalen Gerichtshof
- Sitzstreik
- Besetzung des AKW-Geländes
- Aufbau neuer Strukturen (Freundschaftshaus mit VHS, bi-nationaler Friedens- und Naturpark)
- Fasten und Hungerstreik (psychologischer Druck)

Methoden der Intervention

Weitere Beispiele von Methoden:

- Blockaden
- Alternative Märkte und Versorgungsstrukturen
- Alternative Kommunikationssysteme (Radio, Internet, Social Media)
- Parallele Regierung/Exilregierung
- Etc.

Die Szenario-Methode

- Aus dem Ist-Zustand werden verschiedene Möglichkeiten abgeleitet, wie, die Zukunft sich entwickeln könnte
 - Positiv-Szenario: Deutliche Verbesserungen
 - Trend-Szenario: Jetzige Politik setzt sich fort
 - Negativ-Szenario: Eskalation/Katastrophe

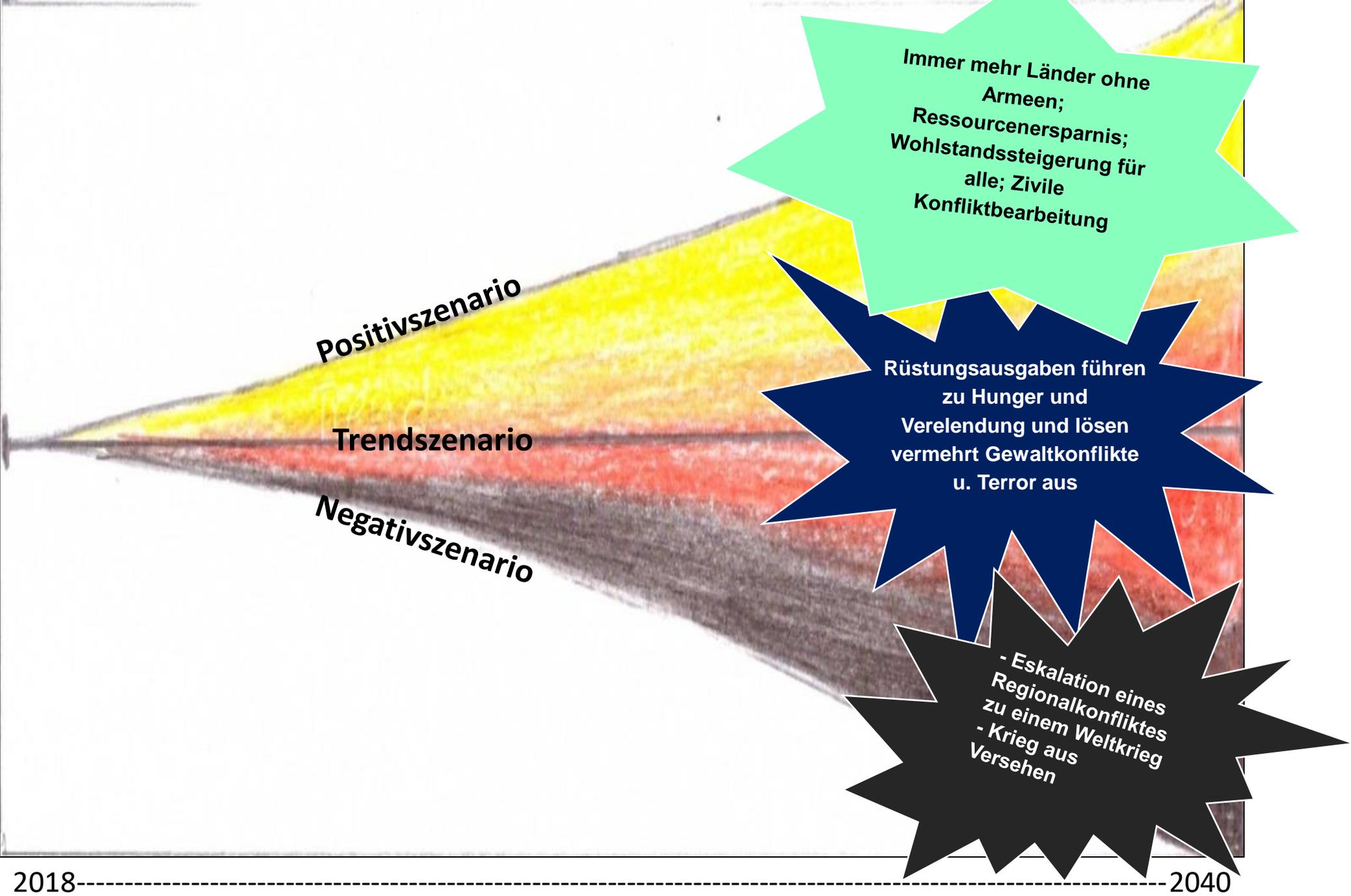


Diagramm:
Theodor Ziegler

Szenarien

<p>„Nachhaltige zivile Sicherheit“</p>	<p>Das Auswärtige Amt richtet ein Programm Zivile Konflikt-bearbeitung ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit entsendet weltweit unbewaffnete Friedensfachkräfte</p>	<p>Nicht-Regierungsorganisationen starten eine Kampagne für zivile Sicherheitspolitik. Papst Franziskus veröffentlicht die Enzyklika „Fructus Justitiae Pax“ (Klimaschutz, weltweite Gerechtigkeit und Frieden).</p>	<p>Der Bundestag beschließt den Umstieg auf zivile Sicherheitspolitik. Geld aus Militäretat unterstützt das UN-Welthungerprogramm und Klimaschutzmaßnahmen in besonders gefährdeten Staaten.</p>	<p>Erste Bundeswehr-Ausrüstungen werden an Internationales Technisches Hilfswerk übergeben. Auf Terroranschläge wird mit dem Ausbau sozialer Integrationsprogramme reagiert.</p>	<p>Rüstungsexporte werden verboten. Firmen stellen auf zivile Produktion von Ausrüstung für das Internationale Technische Hilfswerk um. Gewaltfreie Konfliktlösung wird verpflichtender Lehrinhalt an allen Schulen.</p>
<p>„Schleichende Militarisierung“</p>	<p>Deutschland investiert jährlich 42 Mrd. Euro in Militärausgaben. Die Bundesregierung beschließt Klimaschutzmaßnahmen, mit denen nach Expertenmeinung die Klimaziele nicht erreicht werden.</p>	<p>Der faire Handel wächst stetig an, bleibt jedoch in einer Parallelwirtschaft. Papst Franziskus veröffentlicht die Enzyklika „Fructus Justitiae Pax“, die jedoch politisch nicht beachtet wird.</p>	<p>Aufgrund von Ernteausschlägen wegen des Klimawandels steigt die Zahl der weltweit Hungernden erstmals seit 2015 wieder an. Die Krisen und Kriege in Syrien und Irak bleiben ungelöst. Neue Flüchtlinge machen sich auf den Weg nach Europa.</p>	<p>Der Bundeswehretat wird auf 50 Mrd. Euro aufgestockt. Nach Terroranschlägen wird die Polizei militärähnlich ausgerüstet.</p>	<p>Deutschland kann seine Einnahmen durch Rüstungsexporte erneut steigern. Die NATO beschließt eine Erhöhung der Rüstungsausgaben. Russland befürchtet eine Ost-Erweiterung der NATO.</p>
<p>„Nahe am Abgrund“</p>	<p>US-Präsident Trump fordert die Verdoppelung der Militärausgaben Deutschlands. Die Verteidigungsministerin stimmt einer schrittweisen Erhöhung der Militärausgaben innerhalb der NATO zu.</p>	<p>Der Deutsche Bundestag beschließt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht. Im Vatikan kommt es zu einer Revolte. Papst Franziskus wird abgesetzt und seine Enzykliken als ungültig erklärt.</p>	<p>Syrien greift den Irak an. Aus Angst vor neuen Flüchtlingen aus Syrien und Irak wird das Schengen-Abkommen ausgesetzt und die Reisefreiheit in der EU aufgehoben.</p>	<p>Die Deutschen Rüstungsausgaben betragen 60 Mrd. Euro. Nach Terroranschlägen werden öffentliche Plätze videoüberwacht. Die Bundeswehr darf die Polizei bei Einsätzen unterstützen.</p>	<p>Die Türkei und Saudi Arabien greifen in den Krieg zwischen Syrien und dem Irak mit Waffen aus deutscher Produktion ein. Der Konflikt zwischen der NATO und Russland verschärft sich. Man spricht von einem neuen „Kalten Krieg“.</p>

<p>Die EU und Russland vereinbaren ein Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen. Deutschland hat eine ausgeglichene Handelsbilanz und der Import von Produkten des fairen Handels steigt stetig.</p>	<p>Die EU investiert in Nordafrika in den Ausbau einer Infrastruktur zur Erzeugung, Nutzung und zum Export erneuerbarer Energien. In Afrika wird die Schaffung eines Mittelstands in Landwirtschaft und Handwerk unterstützt.</p>	<p>Die Bundeswehr wurde vollständig in Einheiten von Friedensfachkräften für ziviles Konfliktmanagement und Notfallhilfe umgestaltet. Die Bevölkerung wird in „resilienter Demokratie“ (gewaltfreie Verteidigung der Grundrechte) ausgebildet.</p>	<p>Deutschland beteiligt sich an UN-Friedensmissionen mit 100.000 Friedensfachkräften. Die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) gründet eine gesamteuropäische Polizei.</p>	<p>Deutschland erfüllt die 2015 beschlossenen Klimaziele. Deutschland nimmt nur noch ökologische Ressourcen entsprechend seines Bevölkerungsanteils in Anspruch.</p>
<p>Saudi Arabien greift den Iran an. Dabei kommen auch Waffen aus deutscher Produktion zum Einsatz. Der Bundestag beschließt eine Erhöhung des Wehretats.</p>	<p>Der weltweite Temperaturanstieg nähert sich der kritischen 2-Grad-Marke. In Afrika brechen erste Staaten wirtschaftlich zusammen. Es kommt zu politischen Unruhen und neuen Flüchtlingsgruppen.</p>	<p>Deutschland bekommt von der NATO die „nukleare Teilhabe“ bewilligt. Erstmals sind Atomwaffen unter deutschem Befehl. Die Bundeswehr wird „bei Gefahren“ auch im Innern bewaffnet einsetzbar.</p>	<p>Der Terrorgefahr erhöht sich weiter. Polizei und Militär sind dauerhaft auf öffentlichen Plätzen präsent. Deutschland beteiligt sich mit bewaffneten Drohnen an Militäreinsätzen der NATO.</p>	<p>Nach Dürre in Nordafrika kommen neue Gruppen von Flüchtlingen nach Europa. Aufgrund des Klimawandels sind 28 Staaten teilweise oder ganz unbewohnbar geworden (Dürre oder Überflutung).</p>
<p>In vielen EU-Ländern regieren rechts-konservative Regierungen mit Notstandsgesetzen und dem Ausnahmezustand. Der weltweite Temperaturanstieg beträgt mehr als 2 Grad. 12 Staaten sind schon ganz oder teilweise überflutet.</p>	<p>3 Mio. Menschen verhungern jährlich. Nach einem Anstieg der Klimaflüchtlinge stoppen Militäreinheiten Rettungsaktionen im Mittelmeer → 2 Mio. Menschen ertrinken jährlich.</p>	<p>Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden ausgeweitet. In Deutschland und andern EU-Ländern gründen sich immer mehr bewaffnete „Bürgerwehren“.</p>	<p>Der Bundeswehretat wird auf 90 Mrd. Euro aufgestockt, die Zuschüsse zu UN-Hilfsprogrammen entsprechend gekürzt. NATO und Russland drohen sich gegenseitig mit dem Ersteinsatz von Kernwaffen</p>	<p>Es kommt zu einer Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit. 7 Mio. Menschen verhungern jährlich. 28 Staaten sind unbewohnbar geworden, in vielen anderen herrscht Dürre. 32 Mio. Menschen suchen Zuflucht in der EU.</p>